

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig. — Postzeitungsliste Nr. 40692, sechster Nachtrag.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühren betragen für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inzerate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 31.

Donnerstag, den 6. Februar 1908.

15. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Die Arbeitslosen.

Die große Arbeitslosigkeit, die aus allen Städten und Industriebezirken gemeldet wird, ist für den Sozialpolitiker ein wichtiges Problem, das der Lösung harret. Arbeitslos! Nur wer einmal selbst wochenlang oder gar Monate hindurch ohne Beschäftigung und ohne Existenzmittel war, wochenlang gehungert und gefroren hat, vielleicht noch dazu mit Frau und Kindern, nur er vermag die Bedeutung dieses Wortes in seiner ganzen Furchtbarkeit zu erfassen. Hunderttausende von Arbeitern sind zurzeit existenzlos, hungern seit Wochen schon mit Frau und Kindern, ihre Zahl scheint auch noch zu wachsen, denn bereits werden neue Betriebs einschränkungen gemeldet. Diesen Arbeitslosen ein Unterkommen zu verschaffen, sie vor dem völligen Untergange zu bewahren, ist Menschenpflicht und augenblicklich die dringendste aller Aufgaben. Sogenannte „Notstandsarbeiten“ werden auch verschiedentlich — freilich unzureichend — in Angriff genommen, und auch in der bürgerlichen Presse beschäftigt man sich teilweise mit der Frage, wie dem augenblicklichen Notstand entgegenzuwirken werden könne. Hierbei zeigt es sich aber wieder einmal, wie wenig es selbst denjenigen bürgerlichen Sozialpolitikern, die sich fast täglich mit den Arbeiterfragen beschäftigen, in der Regel gelingt, Verständnis für die Erwerbs- und Lebensverhältnisse der Arbeiter zu gewinnen.

Die einfachste und einzig wertvolle Hilfe für die Arbeitslosen ist natürlich die: ihnen Arbeit zu beschaffen. In der kapitalistischen, planlosen Wirtschaftsweise ist das oftmals ein Ding der Unmöglichkeit. Aber mit der Beschaffung von Arbeit an sich ist den Arbeitslosen auch noch nicht geholfen! „Arbeit“ ist ein sehr vielseitiger Begriff, und nicht jeder Mensch kann jede Arbeit verrichten und bei jeder Arbeit eine Existenz finden. Die Agrarier klagen ja bekanntlich ständig über Arbeitermangel, und sie bestreiten daher, daß es eine Arbeitslosigkeit gäbe, solange es ihnen noch an Arbeitskräften mangle. Kein vernünftiger Mensch wird diesem Einwand der ostpreussischen Junker mehr zustimmen. Aber auch von bürgerlichen Sozialpolitikern wird jetzt eine Anschauung vertreten, die vor derjenigen der rückständigsten Agrarier gar nichts voraus hat.

Unter der Überschrift „Standesbewußtsein und Arbeitslosigkeit“ brachte das „Berliner Tageblatt“ eine Zuschrift des Vorsitzenden der Landesversicherungsanstalt und des Zentralarbeitsnachweises in Berlin, Herrn Dr. Freund, die typisch genannt werden kann für Auffassung vieler bürgerlicher Sozialpolitiker, und die nur von neuem beweist, daß derjenige aus dem Bürgertum kein richtiges Verständnis für die Lage der Arbeiter gewinnen kann, der die Arbeiter nicht mit dem gleichen Maßstabe mißt, den er an sich und seine Klassengenossen anzulegen für geboten hält. Die bürgerliche Presse wird es nicht verkümmern, die unverständigen Ausführungen des Herrn Dr. Freund gegen die Arbeitslosen weiblich auszuschlachten, weshalb seine Argumente auf ihren wahren Wert zurückgeführt werden müssen.

Herr Dr. Freund versichert, es werde alles geschehen, um der Arbeitslosigkeit „durch Rat und Tat“ entgegen zu arbeiten. Leider aber befolgten die am schwersten betroffenen „gelernten“ Arbeiter meistens nicht den einzigen Rat, den „wir ihnen geben müssen“. Und dieser „einzige“ Rat, der den Arbeitslosen gegeben werden kann, teilt Herr Dr. Freund wie folgt mit:

„Wir haben eine Zentralstelle für den Nachweis von Arbeit bei den preussischen Kanalbauern eingerichtet, auch in Ostpreußen fehlt es an gelernten und ungelerten Leuten, aber esse ein Arbeitsloser Berlin verläßt, und in der Provinz einige Zeit zu niedrigem Lohn oder in einem „ungelernten“ Fach arbeitet, um sich über Wasser zu halten, hungert er lieber mit den Seinen. Es muß den Arbeitern einmal ernstlich gesagt werden, daß dieses Standesbewußtsein lächerlich und ihren Interessen zuwiderlaufend ist, und daß sie von allen höheren Ständen in dieser Hinsicht lernen sollten. So zum Beispiel vom Offizier, vom studierten Mann, von der höheren Tochter, die so oft ihr Beschäftigungsniveau herabsetzen müssen, um leben zu können — ohne Staatshilfe.“

Das also ist die ganze Weisheit eines Mannes, der sich zu den ersten Autoritäten unter den bürgerlichen Sozialpolitikern zählt! Wir haben an Kanalbauern noch niemals einen Offizier, einen „studierten Mann“, etwa einen Mediziner oder Juristen, auch noch keine „höhere Tochter“, die existenzlos wurden, arbeiten sehen, und es fällt uns auch garnicht ein, den praxislosen Medizimern und Juristen oder den beschäftigungslosen „höheren Töchtern“ Berlins den Rat zu geben, nach Ostpreußen zu gehen, um dort Erdarbeiten zu verrichten. Keiner der bürgerlichen Sozialpolitiker, und zu allererst Herr Dr. Freund

würde eine solche Zumutung an seine Klassengenossen, an die „Leute seines Standes“, richten. Aber wir brauchen nicht erst zu versichern, daß wir es nicht etwa für eine „Schande“ hielten, wenn ein Offizier, Mediziner, Jurist, Tischler, Mechaniker, Uhrmacher und dergl. an Kanalbauern arbeiteten, um ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Die Frage ist nur die, ob alle diese Leute die verlangte Arbeit überhaupt verrichten können und sie durch diese Arbeit ihre Lage erträglicher gestalten.

Bei Offizieren, Medizimern, Juristen, „höheren Töchtern“ usw. wird Herr Dr. Freund diese Frage ohne weiteres verneinen — warum aber dann nicht auch bei Möbeltischlern, Mechanikern, Malern, Uhrmachern und anderen „gelernten“ Arbeitern? Schon körperlich sind die großstädtischen Arbeiter, auch nicht einmal mehr alle Maurer, Zimmerleute usw., den Erdarbeiten an einem Kanalbau nicht gewachsen, den meisten „gelernten“ Arbeitern ist es physisch ganz unmöglich, solche Arbeit zu verrichten. Die Unternehmer wollen solche Arbeiter auch gar nicht haben, weil sie ihnen wenig nützen, und der größte Teil dieser „gelernten“ Arbeiter der Großstadt würde unter der ungewohnten Arbeit sehr bald körperlich zusammenbrechen — und seelisch. Ja, auch seelisch, und das ist kein „Standesbewußtsein“, sondern ebenso psychologisch erklärlich, wie daß ein Mediziner oder Jurist oder anderer „studierter Mann“ unter dieser Arbeit leiden würde.

Aber ganz abgesehen von diesen körperlichen und seelischen Hindernissen, würden die großstädtischen „gelernten“ Arbeitslosen denn wirklich ihre wirtschaftliche Lage verbessern, wenn sie eine Zeitlang in Ostpreußen Erdarbeiten verrichten? Nehmen wir doch einmal an, ein verheirateter Kunsttischler, Mechaniker oder sonst ein „gelernter“ Arbeiter gehe nach Ostpreußen als Erdarbeiter. Seine Familie kann er nicht mitnehmen. Von seinem Verdienst als Erdarbeiter würde ihm aber verpfändet wenig übrig bleiben, um es seiner Familie nach Berlin schicken zu können, diese würde also auch weiterhin der größten Not ausgesetzt sein. Er selbst aber wäre aus seinem Beruf herausgerissen; von Ostpreußen aus — als Erdarbeiter! — kann er sich in Berlin keine Stellung als Kunsttischler suchen, die Zeit, welche er in seinem Beruf arbeitslos ist, wird verlängert, die beste Gelegenheit, eine vorteilhafte Stellung zu bekommen, hat er schließlich verpaßt und seine wirtschaftliche Lage ist am Ende schlechter, als wenn er in Berlin geblieben wäre und noch einige Wochen länger gehungert und noch mehr Schulden gemacht hätte.

Das sind im wesentlichen die Gründe, warum ein „gelernter“ Arbeiter nicht auf eine vorübergehende Zeit als Erdarbeiter nach Ostpreußen gehen kann, ebensowenig wie ein Offizier, Arzt, Jurist oder eine „höhere Tochter“. Das „Wahnwort“, das Herr Dr. Freund an die Arbeitslosen zu richten für notwendig hielt, unterscheidet sich in nichts von dem Verlangen der Agrarier, die großstädtischen Arbeiter sollten zu ihnen als Landarbeiter oder Knechte kommen.

Kein Arbeitsloser findet Freude an dem Elend der Arbeitslosigkeit, und wohl ein jeder hat das dringendste Verlangen, nur recht bald wieder Arbeit zu bekommen. Aber damit ist es nicht getan, daß er Arbeit hat — er muß auch leben können davon, er muß vor allem auch die Arbeit verrichten können. Und die vorübergehende Arbeitslosigkeit darf ihm nicht die Möglichkeit nehmen, seine bisher genohnte, jahrzehntelange und nun plötzlich gestörte Existenz wieder aufzurichten. Das möchten die bürgerlichen „Arbeiterfreunde“ beherzigen, die so verständnislos dem Arbeiterleben gegenüberstehen, daß sie zu so törichten Vorwürfen kommen, wie sie der Herr Dr. Freund gegen die Arbeitslosen erhoben hat.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Zu Reichstage

legte am Dienstag bei der Fortsetzung der zweiten Lesung des Militäretats zunächst Herr Mugdan Proben wahren Makkabäermutes ab. Er wagte es, die Kavallerieattacken bei Mandövern sanft zu tabeln und ließ sogar durchblicken, daß er es nicht für ganz richtig halte, daß jüdische Einjährige regelmäßig das Pech haben, nicht zu Reserveoffizieren befördert zu werden. Verzeihung für diese Sünden am heiligen Blockgeist erkaufte sich Herr Mugdan durch gehässige Angriffe auf das Milizsystem, die auf Oldenburgs Stimmrigen bravooberzeugend wirkten. Dann kam der Generallistimus der Reichsverbändler, Herr von Liebert, an die Reihe, bestieg die Tribüne und beschuldigte frei nach Dunkel Bräutig die Sozialdemokraten der Neigung zum offenen und geheimen Königsmord, weil die Fraktion am vorigen Tage keine Lust gehabt hat, sich an einer nicht menschlich, sondern monarchisch gedachten Rundgebung zu beteiligen. Die Freisinnigen, deren

Väter allen Attentaten auf die neapolitanischen Bourbonen Beifall klatschten, und deren Großväter das Hohlied vom Bürgermeister Tschachfänger, jubelten ihrem Bruder in Bülow pflichtschuldigst zu. Auf Liebermann v. Sonnenberg, der nunmehr folgte, haben Blockpolitik und Reichskanzlerdinners korruptierend gewirkt. Er muß sich im Judenschmorn Referat auferlegen und ist seitdem schrecklich langweilig geworden. Abgesehen hat er eine interessante historische Entdeckung gemacht, nämlich die, daß man bei Beginn des 30jährigen Krieges noch nicht gewußt hat, daß er 30 Jahre dauern würde.

In ruhiger Sachlichkeit und blockistischer Bescheidenheit trug der alte Schrader den Fall Gädke vor. Bescheidenheit ist eine Tugend, doch weiter kommt man ohne ihr, und die Säbelrassekrede des Einemischen Stellvertreters Sigt von Armin könnte die Freisinnigen belehren, daß Untermwürdigkeit nur Berachtung erzeugt, wenn nicht der Vernburgianismus und die Blockpolitik spurlos ausgelikt hätten, was etwa noch übrig war von dem freisinnigen sogenannten Männerstolz. Mit beleidigender Absichtlichkeit schrieb der uniformierte Junker die Theorie vom Absolutismus im Heere in den Saal herein. Die Rechte heutige demonstrativen Beifall, so wie damals, als Vernburg gegen Roeren, und Einem gegen Paasche vom Leder zog. Einem ist seitdem erkrankt und die Meinung, daß Sigt v. Armin seine Kandidatensprache gehalten, fand zahlreiche Gläubige auf allen Seiten des Hauses. Erzberger tabelte die Mobilmachung der Kriegervereine gegen das Zentrum und der gepaarte Oberlehrer Eickhoff Reimichen Ungedenkens dankte mit tiefen Bücklingen für die Fußtrittle, die Sigt v. Armin soeben dem Freiherrn auf seinen, solcher Zärtlichkeitsbeweise seiner Blockbrüder längst gewohnten Körperteil appliziert hatte.

Der schmähliche Verrat der dekorierten Blockgenossen und Tafelgesellen Bülows nötigt die Sozialdemokratie, im Kampfe gegen den Militarismus die Stelle einzunehmen, die von rechtmäßigen der Freisinn einnehmen sollte, die er aber schimpflich im Stich gelassen hat. Unter Fraktionsredner Noske bewies in einer kräftigen, glanzvollen Rede, daß die Sozialdemokratie versteht, dieser ihrer Aufgabe im vollsten Umfang zu genügen. Noske führte den bündigen Beweis, daß wir kein Volksherr, sondern eine aus 2 oder gar 3 scharf getrennten Kasten bestehende Armee haben. Einer solchen Armee den Etat zu bewilligen, würde heißen, Verrat an den ureigensten Interessen der Demokratie wie des Proletariats üben. Dem Freisinn freilich ist Verräterei zur zweiten Natur geworden. Zur selben Zeit, da unser Redner seine wichtigen Anklagen dem Junker Moloch ins Gesicht schleuderte, versammelten sich in trauriger Abgeschiedenheit die Mugdanellen und Naumannen, um die Barth und Gerlach herauszuwerfen. Daß diese Gesellschaft, die mit Eunuchen zu vergleichen eine bittere Ungerechtigkeit gegen die türkischen Haremswächter sein würde, daß diese politischen Dühnkneben der Junker kein Wort gegen das Eventualschließen auf wehrlose Demonstranten finden, versteht sich von selbst. Die Blockbrüder der Linken haben die gute Zensur verdient, die ihnen in einem nächsten Mißschneuse der jammerschauerliche Dreschpflegelpolitikus erteilte.

Gesetzentwurf über Arbeitskammern.

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht den 31 Paragraphen umfassenden, am Montag dem Bundesrat zugegangenen Gesetzentwurf über Arbeitskammern. Den Wortlaut der wichtigsten Bestimmungen des Entwurfs veröffentlichten wir morgen. Während auf fast allen anderen Gebieten die dem Bundesrat zugeordneten Gesetzentwürfe lange Zeit vor dem Eingang beim Bundesrat veröffentlicht werden, um den Beteiligten Gelegenheit zu geben, sich über den Inhalt des Entwurfs zu äußern, wird, wie wir noch kürzlich bei der Gewerbeordnungs-novelle hervorheben mußten, dieser Praxis bei den die Arbeiter besonders angehenden Gesetzentwürfen entgegengehandelt. Es kann auch kaum als ein kleiner Fortschritt bezeichnet werden, daß das Reichsamt des Innern sich wenigstens zur Veröffentlichung in dem Stadium entschlossen hat, in dem der Gesetzentwurf dem Bundesrat vorliegt. Denn sein Inhalt ist derartig für die Interessen des Scharfmachertums zugeschnitten, daß die Annahme schwerlich fehlgeht, daß sozialfeindliche Großindustrielle in einem weit früheren Stadium über den Entwurf angehört sind, nicht aber selbständige Arbeiterorganisationen.

Der Entwurf stellt keine Erfüllung der von der Arbeiterklasse seit Jahrzehnten aufgestellten Forderung dar, in den sie angehenden Maßnahmen zur Beratung, Beschlußfassung und Aufsicht zugezogen zu werden, sondern sieht fast wie eine Verhöhnung dieses Verlangens aus. Und das, wiewohl der kaiserliche Erlaß vom 4. Februar 1890 infolge der durch die Sozialdemokratie seit dem Jahre 1877 im Reichstage gemachten Anregungen und Gesetzesvorschläge zur Schaffung von Organisationen, die

Die Interessen der Arbeiter durch Arbeiter wahrnehmen, durch folgende Worte die Errichtung von Arbeiterkammern verließ:

Für die Pflege des Friedens zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern sind gesetzliche Bestimmungen über die Formen in Aussicht zu nehmen, in denen die Arbeiter durch Vertreter, welche ihr Vertrauen besitzen, an der Regelung gemeinsamer Angelegenheiten beteiligt und zur Wahrnehmung ihrer Interessen bei Verhandlung mit den Arbeitgebern und mit den Organen meiner Regierung befähigt werden. Durch eine solche Einrichtung ist den Arbeitern der freie und friedliche Ausdruck ihrer Wünsche und Beschwerden zu ermöglichen und den Staatsbehörden Gelegenheit zu geben, sich über die Verhältnisse der Arbeiter fortlaufend zu unterrichten und mit den letzteren Fühlung zu behalten.

Die in den Motiven zum Gesetzentwurf vertretene Ansicht, das Gesetz erfüllt dies Versprechen, widerspricht der Wahrheit. Der Gesetzentwurf schafft keine Arbeiterkammern, keine Vertretung von Arbeitern, sondern auf sogenannter paritätischer Grundlage aufgebaute, im wesentlichen lediglich beratende Kammern, in denen die Arbeiter im besten Fall eine dekorative Rolle spielen. Es sind keine Vertretungen der Interessen der Arbeiter durch geeignete Organisationen. Der Aufbau von Arbeiterkammern, Gewerbe- oder Arbeitsämtern und Reichsarbeitsamt fehlt. Die vorgeschlagene Neuorganisation ist weit eher als zur Vertretung der Interessen der Arbeiter zur Fahmlegung der Kräfte der Arbeiterorganisationen geeignet. Der Gesetzentwurf kapituliert vollkommen vor den Scharfmachern. Er gibt ihnen eine Organisation in Anlehnung an die berüchtigten Arbeiterausschüsse des preussischen Berggesetzes, eine neue Schutztruppe der Arbeitgeber gegen die Arbeiterorganisationen und gegen die Arbeiterklasse selbst.

Die Zusammensetzung der Arbeitskammern gewährleistet diesen Zweck. Die Arbeiter sollen nicht durch geheime Urwahlen gewählt werden, Arbeiterorganisationen, denen Arbeiter ihr Vertrauen schenken, sollen nicht berücksichtigt werden, sondern Arbeiterausschüsse, die ja freilich vor kurzem unter schallender Heiterkeit der gesamten Arbeitervertreter ohne Unterschied der Parteien von dem freisinnigen Abgeordneten Dr. Mugdan mit Arbeiterorganisationen verwechselt wurden. War etwa Mugdan Geburtsheifer?

Nach dem Entwurf sollen Frauen nicht wählbar sein. Die Arbeitskammern sollen nicht die gesamte Arbeiterklasse umschließen. Ausgeschlossen von der Teilnahme an der Arbeitskammer sollen die im Handel und Verkehr, in der Landwirtschaft, in der Fischerei und Schifffahrt, im Eisenbahnbetriebe beschäftigten Arbeiter, Bureauangestellte, Gärtner und andere sein. Der Drang nach Zersplitterung der Arbeiterklasse geht soweit, daß nicht einmal alle gewerblichen Arbeiter erfaßt sind. Es sind ausdrücklich die im Handwerksbetriebe beschäftigten Arbeiter ausgenommen!

An Stelle von Arbeiterkammern, die auf der Grundlage des Proportionalwahlsystems durch alle großjährigen Arbeiter und Arbeiterinnen in der gesamten Industrie, im Gewerbe, im Bergbau, im Handel, Verkehr und der Landwirtschaft auf Grund eines geheimen Wahlrechts zusammengefaßt sind, um Gutachten über die Arbeiter betreffende Angelegenheiten abzugeben, Anträge zu stellen, Erhebungen zu veranstalten, bei der Ausgestaltung, Durchführung und Beaufsichtigung des Arbeiter-schutzes und der Förderung korporativer Arbeitsverträge mitzuwirken, will der Gesetzentwurf Organisationen, die dem Arbeiter nur scheinbar eine Vertretung gewähren, einer Zersplitterung und Untergrabung selbständiger Arbeiterorganisationen dienen und die Interessen der Arbeitgeber wahrnehmen sollen. Das ist der Eindruck, der sich bei der ersten Durchsicht der Vorlage aufdrängt, auf die wir zurückzukommen gedenken.

Vertagung der Reichsfinanzreform.

Wie eine konservative Korrespondenz mitteilt, ist es ziemlich früher, daß nach dem bevorstehenden Rücktritt des Reichsfinanzsekretärs Frhrn v. Stengel im Bundesrat ein Beschluß herbeigeführt werden wird, die Steuervorlagen, die im Bundesrat eine Mehrheit bisher nicht gefunden haben, fallen zu lassen und mit den Blockparteien ins Einvernehmen zu treten, welche Steuerprojekte Aussicht haben für eine Finanzreform, die dem Reichstage im Herbst vorgelegt werden solle, Berücksichtigung zu finden. Falls sich für die Beamtenbesoldungsgelege und den Kolonialnachtragset Mittel zur Deckung der in diesen Gezeigen geforderten Ausgaben nicht finden lassen, so sollen die Beamtenbesoldungsausgaben auf die Matrikularbeiträge übernommen, die Ausgaben für Kolonialbahnen jedoch durch eine Anleihe gedeckt werden.

Vorläufig aber sollen die Beamtenbesoldungsgelege zurückgestellt werden, und zwar nicht nur das Besoldungsgelege für die Reichsbeamten, sondern auch die preussischen Beamtengelege; denn obgleich für letztere die Mittel vorhanden wären, wolle man doch nicht die preussischen Beamten nach anderem Maße messen, wie die Reichsbeamten.

Der unschuldige Bülow!

Der „Frankfurter Generalanzeiger“ veröffentlicht eine angebliche offiziöse Zusage, in der dargelegt wird, daß die Antwort Bülows auf den Wahlrechtsantrag der Freisinnigen im preussischen Landtag das Ergebnis eines hauptsächlich unter dem Einfluß des Ministers des Innern mit Stimmensmehrheit gefaßten Beschlusses des Ministerrats darstellt.

Bülow selbst trage also nicht in erster Linie die Verantwortung, sondern die reaktionäre Ministermehrheit. Eine den liberalen Wünschen entsprechende Zusage hätte, so heißt es weiter, die Konservativen bei den Wahlen in eine regierungsfeindliche Stellung gedrängt, den Liberalen andererseits den Wind aus den Segeln genommen.

Die ganze Meldung ist natürlich nichts als Schamzüchtung, die bezweckt, Bülow bei den Freisinnigen wieder ins Kind zu machen. Hätte der Beschluß des preussischen

Gesamtministeriums nicht seinen innersten Neigungen entsprochen, so wäre es an ihm gewesen, die nötigen Konsequenzen zu ziehen. Erinnert sei nur an die Versöhnungskomödie mit den Blockparteien von Anfang Dezember, als Bülow nichts weniger als sein Reichskanzler-Portefeuille in die großmütigen Hände der Blockleute legte. Nicht minder zeigte seine schrofpe, rein persönlich gehaltene Drohung bei der Beratung der sozialdemokratischen Wahlrechtsinterpellation im Reichstage, daß er der Idealtypus eines preussischen Sunkers ist und bleibt.

Ein neuer Wahlrechts„verbesserer“.

Der Tübinger Universitätsprofessor a. D. Thudichum hat ernstlich darüber nachgedacht, wie das Wahlrecht tags wahlrecht zu „verbessern“ sei, natürlich in der Weise, daß das „bessere Bürgertum“ mehr Einfluß erlange. Es müssen also möglichst viele Proletarier ausgeschaltet werden. Also schlägt der Professor folgende Reform des Reichstagswahlrechts vor:

„Dauernde Unfähigkeit zur Wahl tritt ein durch Verurteilung zu Zuchthausstrafe oder zu Gefängnisstrafe von einem Jahr. Auf die Zeit von 15 Jahren, vom Tag des Urteils an, verliert das Wahlrecht, wer zu Gefängnisstrafe von 3 Monaten oder zu Festungshaft von 6 Monaten oder darüber verurteilt worden ist. Ausgeschlossen vom Wahlrecht bleibt auf die Dauer von 15 Jahren derjenige, der sich in den letzten fünf Jahren während einer Zeit von mehr als 3 Monaten der gesetzlichen Fürsorge für Frau und Kinder entschlagen hat, sobald diese aus öffentlichen Mitteln Armenunterstützung erhalten mußten. Diejenigen, denen das Wahlrecht fehlt, können auch nicht gewählt werden. Auf Ansuchen des Verurteilten und nach Anhörung des verurteilenden Gerichtshofes kann das Wahlrecht im Wege der Gnade wieder hergestellt werden; außerdem durch Beschluß des obersten Landesgerichts. Dieses Gesetz findet auch Anwendung auf die Wahlen zu Landtagen und zu Kommunalvertretungen und Ämtern.“

Thudichum rechnet aus, daß für die Zeit von 15 Jahren 745 875 Männer durch diese Bestimmungen vom Wahlrecht ausgeschlossen werden. Nach einer Geltungsdauer von 30 Jahren werde sich die Zahl der dauernd Ausgeschlossenen um reichlich 200 000 vermehren. Denjenigen, denen diese Bestimmungen zu hart erscheinen, gibt Herr v. Thudichum zu bedenken, daß nach Durchführung seiner Vorschläge noch immer zahlreiche Bürger das Wahlrecht behalten, die „eigentlich auch nicht unter die Ehrenmänner gehören“, nämlich alle die, die zu Gefängnisstrafen von weniger als drei Monaten verurteilt worden sind. „Es ist — meint der schwäbische Wahlreformer — hoch an der Zeit, das politische Wahlrecht im Reich und in den Einzelstaaten wieder zu einem Ehrenrecht des deutschen Viedermannes zu machen.“

Natürlich würde die Strafe des Wahlrechtsverlustes in der Hauptsache die Arbeiterklasse treffen. Man denke nur an die zahlreichen Verurteilungen wegen künstlich fabrizierter Streikvergehen! So ziemlich alle an exponierter Stelle stehenden Sozialdemokraten würden das Wahlrecht (also auch das Recht, gewählt zu werden) einbüßen; denn ein Staatsanwalt, der sie anklagen will, findet gewöhnlich auch Richter, die mit Vergnügen verurteilen.

Der schwäbische Professor, dem die geniale Idee gekommen ist, verdient mindestens den Blockorden.

Wahlprüfungen.

Schwere Arbeit verursacht der Wahlprüfungskommission die Wahl des nationalliberalen Abgeordneten Schwabach in Heydekrug-Memel. Bekanntlich hat der Reichstag Erhebungen über die im konservativen Wahlprotest behaupteten ungeheuerlichen Wahlbeeinflussungen beschlossen. Das ist geschehen, und der Kommission liegen jetzt die Ergebnisse vor. Das zu prüfende Material ist jedoch so umfangreich, daß beschlossen wurde, alle für erwiesene angelegenen Protestbehauptungen für die Kommissionsmitglieder gedruckt zusammenzustellen. Es erscheint übrigens wahrscheinlich, daß Herr Schwabach von seinen nationalliberalen Parteifreunden ernstlich nahe gelegt wird, sein Mandat niederzulegen, um auf diese Weise den blamablen Erörterungen über die von den Agenten Schwabachs angewendeten Wahlpraktiken im Plenum des Reichstages zu entgehen. Denn ganz unbekümmert um die endgültige Stellungnahme der Wahlprüfungskommission und des Plenums wird durch die öffentliche Behandlung und der dort von den Nationalliberalen gegen den konservativen Blockbruder beliebten Wahlagitation ein Sumpf aufgedeckt, der zum Himmel stinkt, und den nach Möglichkeit verschlossen zu halten die Parteifreunde des Herrn Schwabach alle Veranlassung haben.

Auch gegen die Wahl des freisinnigen Abgeordneten Dr. Pothhoff in Waldeck-Pyrmont lag ein von den deutsch-sozialen Antisemiten eingelegter Wahlprotest vor. Von seinen Behauptungen werden indes nur die, daß in der Stadt Korbach die Stollerräume nicht vorchriftsmäßig eingerichtet gewesen seien, und daß in Münden der Bürgermeister die Abstimmung der Wähler kontrolliert hat, als erheblich angesehen. Es würden, die Kassation der Wahlakte in diesen beiden Orten vorausgesetzt — dem freisinnigen v. Pothhoff 451 und dem unterlegenen v. Richtofen 218 Stimmen eventuell in Abzug zu bringen gewesen sein. Da auch nach dieser Annahme für Pothhoff immer noch ein Plus von 231 Stimmen verblie, so beschloß die Kommission die Gültigkeit der Wahl.

Die Wahlprüfungskommission hat insgesamt 56 Wahlen zu prüfen. Bis jetzt hat sie 13 erledigt, so daß noch 43 zu prüfen sind. Am mindestens im dritten Sessionsabschnitt — also nächsten Winter — mit der übertragenen Arbeit fertig zu werden, tritt die Kommission eine halbe Stunde früher zusammen als alle anderen Kommissionen.

Belgien.

Eine Niederlage des Königs. In der Sitzung des Siebzehner-Ausschusses teilte der Vorsitzende mit, daß die Regierung angesichts der sich unter den Mitgliedern des Ausschusses geltend machenden Meinungsverschiedenheiten und des ziemlich einstimmig ausgedrückten Wunsches bezüglich einer Abänderung der Kongovorlage, besonders in bezug auf die Krongondane, beschlossen habe, mit der Kongoregierung neue Unterhandlungen anzuknüpfen. Diese Erklärung, die

bereits seit acht Tagen erwartet wurde, hat allgemeine Befriedigung hervorgerufen und bedeutet einen Sieg des Parlamentarismus über den Absolutismus.

Rußland.

Kriegsfrucht im Kaukasus. Der „Nowoje Wremja“ wird aus Tiflis gemeldet: Die Lage ist bedrohlich, die Türkei rüstet zum Kriege, ein Faktum, das sogar die Türken selbst nicht ableugnen. In den militärischen Kreisen des Kaukasus herrscht nur eine Stimme, daß ein bewaffneter Zusammenstoß mit der Türkei unvermeidlich sei. Die Türkei soll für den Fall des Krieges bereits einige große Transportdampfer des österreichischen Lloyd's mit Kriegsmaterial für Anatolien befrachten lassen. In Tiflis wird bereits offen von einem bevorstehenden Kriege gesprochen. Aus der Umgebung des Generalgouverneurs Grafen Woronzow-Daschkow hört man, dieser habe geäußert, er fühle sich nicht energisch genug, falls der Krieg ausbreche, und werde dann von seinem Posten als Oberstkommandierender der Kaukasus-Armee zurücktreten. Das Vorschreiben des türkischen Militärs nach der russischen Grenze vollzieht sich ununterbrochen, trotzdem die Türken das Vorgehen maskieren.

Der Ritter vom Orden pour-le-merit. Aus Petersburg meldet Hirsch's Bureau: Das oberste Militärgericht hat gestern die Generale Stöbel, der bekanntlich vom deutschen Kaiser für seine in Port Arthur bewiesene „Tapferkeit“ mit dem höchsten preussischen Orden bedacht wurde, sowie Fock und Reiß zum Tode verurteilt; in der ersten Instanz war nur Stöbel zum Tode verurteilt, während Fock zur Rangentkleidung und 20 Jahren Zwangsarbeit, Reiß zur Rangentkleidung verurteilt waren.

Portugal.

Der neue König. Trotz seiner 17 Jahre ist „Er“ natürlich von seltenen Gaben, großer geistiger Begabung, scharfer, schneller Auffassung, vorbildlichem Charakter, ein wahres Urbild eines Germanen und so weiter. So steht's in den bürgerlichen Blättern zu lesen. Und in einigen dieser Organe wird zu gleicher Zeit berichtet:

In der Hauptstadt war der Brinz fast jeden Nachmittag beim Korso auf der Avenida da Liberdade hoch zu Ross oder im Auto zu erblicken, ein Stiergefecht im Campo Pequeno ist ohne seine Anwesenheit kaum denkbar. In den Tagen des Karnevals pflegte der jetzige Herrscher einer der ausgelassensten zu sein. Unermüdetlich fuhr er in seinem Maulesel-Wiergespann die Feststrassen auf und ab, sein Vorrat an Konfetti, Luftschlangen und Blumen schien unerschöpflich zu sein. Manchem ungenierten Scherzwort tauschte er da mit dem Volk aus, und mehr wie einer Schönen erklärte er seine Liebe. Die tollsten Streiche führte er öfters während der Vorstellungen in der Oper aus. So hat er sich einst mit einigen Jugendfreunden den eigenartigen Scherz gemacht, von den oberen Logen aus nach fallenden Köpfen der Damen im Parkett zu augeln und die Sitze ihnen mißliebiger Hofherren mit Leim zu bestreichen.

So also hat man sich das — „Urbild eines Germanen“ zu denken, der „jung, schön und lebenswürdig“ ist und sich „allgemeiner Beliebtheit erfreut.“ Und alles das wird widerprüchlos geschluckt.

Die Ruhe, die jetzt in Lissabon herrschen soll, ist nur eine scheinbare. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Flut der Volksbewegung das Königtum hinwegschwemmt. Die Revolutionäre sollen weitere Schläge gegen das Königtum planen. — Der Schurke Franco, der über die Grenze geflohen ist, erklärt, daß er sich vom politischen Leben zurückziehe. Etwas anderes blieb ihm auch nicht übrig. — Unter den drei nach dem Attentat in Lissabon getöteten Männern befindet sich ein gewisser Daposta. Wie dem „Matin“ aus Lissabon berichtet wird, war Daposta bei einem Goldschmied bedienstet, der unter Eid aussagte, daß er seinen Angestellten wenige Minuten vor der Vorfahrt des Königs zur Post nach Briefmarken geschickt hatte, und daß dies der einzige Grund zur Anwesenheit Dapostas auf dem Attentatssplatz gewesen sei. — Die wegen Teilnahme am Königsmord Verhafteten werden in Freiheit gesetzt werden, da die Polizei ihnen nichts Kompromittierendes nachweisen kann.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, den 6. Februar.

Zug von Mauern und Zimmerern nach Söhrmann in Travemünde ist streng fernzuhalten, da die Sperre über diese Firma verhängt ist.

Zug nach der Grevesmühlener Maltzfabrik ist strengstens fernzuhalten.

Die Versammlung der Bürgerschaft, welche am Montag, den 10. Februar stattfand, hat folgende Tagesordnung zu erledigen: 1. Wahlen des Senates. 2. Antrag des Senates: 1. Erhöhung des Gehaltes des Registrars bei der Hanseatischen Gerichtsbarkeit. 2. Nachträgliche Erhöhung der Positionen Art. 67 Ziffer 14 der Ausgabenliste und Art. 46 Ziffer 2 der Einnahmeseite des Staatsbudgets für 1906. 3. Verstärkung des Abchnittes XIII der Ausgabenliste des diesjährigen Staatsbudgets um weitere 15 000 Mk. 4. Verleihung des Enteignungsrechts an das Finanzdepartement für das Erbpachtrecht des V. F. C. Odenburg zu Jersandorf an einem an der Travemünder Chaussee gelegenen Areal. 5. Zweiter Nachtrag zur Lübeckischen Kaufmannsordnung. 6. Erhöhung der für Kleinarbeit des Finanzdepartements für das Rechnungsjahr 1907 bewilligten Summe. 7. Neuzeitigung der Baupluchlinie an der Südfeste der Finkenmaße. 8. Anlage einer direkten Flugwasserleitung für das städtische Elektrizitätswerk. 9. Genehmigung von Bewerbungen aus dem Kapitalvermögen der von Verrothen-Zustung zum Neubau eines Saftungshauses in Bornbeck. 10. Nachträgliche Anrechnung von Dienstreisen für Zollbeamte. 11. Neuzeitigung der Bezüge des Inspektors des Allgemeinen Krankenhauses. 12. Erhöhung des Staatszuschusses für die von Großheimsche Realschule im Rechnungsjahre 1907 und weitere Bewilligung eines Staatszuschusses für die Rechnungsjahre 1908, 1909 und 1910. 13. Zweiter Nachtrag zum Gesetz vom 18. März 1899, betreffend die Verteilung und Unterhaltung von Radfahrwegen.

Der Verein Lübecker Metallindustriellen und die Maifeier. Bei den hiesigen Metallindustriellen zirkuliert gegenwärtig ein Schriftstück, welches sich mit der Maifeier

beschäftigt. Es wird darauf hingewiesen, daß in allen Monaten des Betriebsjahres bedeutende Erhöhungen der Umsätze sich zeigen, während im Monat Mai in den letzten Jahren stets eine starke Verminderung des Umsatzes zu verzeichnen ist. Da nun den Fabriken, in denen am 1. Mai gefeiert und im Anschluß daran ausgespart wird, dieser Umsatz entgeht, dagegen die anderen Stablfabrikanten, wo die Arbeiter am 1. Mai nicht feiern, den Vorteil eines größeren Umsatzes haben, will man in dem Verein Lübecker Metallindustriellen Maßregeln treffen, um mit starker Hand die Maßfeier ganz zu unterdrücken, oder vielleicht will man auch den einzigen Tag zur Feier hergeben; dann wäre von einer nennenswerten Einbuße kaum zu reden. Man scheint aber auch eine allgemeine Aussperrung sämtlicher Arbeiter, auch derjenigen, die den 1. Mai nicht feiern, nach diesem Schreiben in Betracht zu ziehen, indem man glaubt, daß dann die Arbeiter, welche sonst am 1. Mai arbeiteten, diejenigen, welche feiern, nicht unterstützen könnten. Uns kann letzteres Vorhaben der Herren lieb sein, dadurch werden auch diejenigen, die noch nicht den Mut hatten, der Maßfeier sich anzuschließen, die Augen geöffnet werden. Bisher haben die Arbeitgeber mit ihren Maßnahmen zur Unterdrückung der Maßfeier noch immer das Gegenteil von dem erreicht, was sie beabsichtigten. Eine allgemeine Aussperrung würde jedenfalls das ungeeignetste Mittel sein, um den Umsatz im Monat Mai zu erhöhen. Bei dem ebenso fanatischen wie ungerechtfertigten Haß der Metallindustriellen gegen die Maßfeier ist kaum anzunehmen — obwohl die Fassung des Zirkulars wie gesagt eine derartige Deutung zuläßt — daß dieselben so vernünftig sind, den Arbeitern den einen Tag freizugeben. Wenn man glaubt, durch eine allgemeine Aussperrung die Unterdrückung der Maßfeier zu können, so ist man gewaltig auf dem Holzwege, denn die Unterdrückungen zählen nicht die am 1. Mai arbeitenden Leute, sondern die Verbände. Die Arbeiter ersehen aus vorstehenden Ausführungen, daß die Arbeitgeber sich schon jetzt mit der Maßfeier befassen, sie müssen daraus die nötige Lehre ziehen.

Neuer Arbeitgeberverband. Im Bahnhofshotel zu Neumünster wurde die Gründung eines Verbandes landwirtschaftlicher Arbeitgeber für Schleswig-Holstein, Fürstentum Lübeck und die Hansestädte Hamburg und Lübeck vorgenommen. Vertreten waren 20 Kreisvereine, 72 Einzelvereine und zahlreiche Einzelinteressen. Zur Bildung eines Ausschusses für die vorzubereitenden Arbeiten hat jeder Kreisverein, sowie das Fürstentum Lübeck und die Hansestädte Hamburg und Lübeck je einen Vertreter zu bestimmen.

Zug von Hafenarbeitern nach Hamburg ist streng fernzuhalten! Im Hamburger Hafen herrscht große Arbeitslosigkeit. Die Hafenbetriebsunternehmer entlassen sogar die angeworbenen festangestellten Kontraktarbeiter oder zwingen dieselben zum Ausgehen der Arbeit. Lasse sich kein Arbeiter durch das frivole Bemühen der Hafenbetriebsunternehmer, die Zahl der Arbeitslosen durch Heranziehung auswärtiger Arbeitskräfte zu vermehren, nach Hamburg locken.

Alle Staatssteuern und Abgaben gingen im Monat Januar ein: Einkommensteuer 26 104,55 M., Erbschaftsteuer einschl. Erbschaftsabgabe und Zuschläge zur Reichs-Erbschaftsteuer 12 199,31 M., Veräußerungsabgabe 27 486,14 M., Stempelabgaben 89 942,80 M., Schiffsabgaben 20 873,65 M., zusammen 126 606,45 M., gegen 148 829 M., 31 im gleichen Monat des Vorjahres; mithin 22 222,55 M. weniger. Vom 1. April 1907 bis Ende Januar 1908 gingen insgesamt 8 131 695,03 M. ein gegen 2 949 280,60 M. im gleichen Zeitraum des Vorjahres; die Mehreinnahme beträgt demnach 182 314,43 M.

Konkursverfahren. Über das Vermögen des Kaufmanns und Inhabers eines Abzahlungsgegeschäfts, Chaim Feuer in Lübeck, Hüfstraße Nr. 76. ist am 5. Februar 1908, nachmittags 2 Uhr das Konkursverfahren eröffnet worden. Der Rechtsanwalt Dr. Kulentamp wurde zum Konkursverwalter ernannt.

Kelke für die Maßkaffee-Firma Kathreiner macht nunmehr auch der Verein Lübecker Hebammen, nachdem der Naturheilverein und die Guttempler damit vorangegangen sind. Es wird von einem Flensburger Lehrer über das unbedächtige Thema „Unsere Genussmittel“ ein Vortrag gehalten und im Anschluß daran Kathreiner Kaffee mit Kuchen verabfolgt. Die Firma Kathreiner hat in letzter Zeit durch ihr Vorgehen gegen Arbeiterkonsumvereine von sich reden gemacht. Vielleicht ist dadurch ihr Absatz zurückgegangen und man hofft nunmehr, denselben durch Kelke in den Vereinen wieder hoch zu bringen. Wenn es Vereine gibt, die sich zu diesem Zwecke für Kaffee und Kuchen hergeben, so ist das Geschmacksache, über die wir nicht streiten wollen. Ob die Firma wohl auch ihre Arbeiter mit Kaffee und Kuchen traktiert?!

Die Spagengallen. Zu den gemeinsten Tierquälereien gehört das Fangen der Vögel mittelst der kleinen eisernen Spagengallen, welches man im Winter ganz allgemein in Stadt und Land beobachten kann. Die durch Federkraft zusammenstehenden Bügel verlegen fast stets die Beine der gefangenen Tiere und schlagen sie in sehr vielen Fällen ganz entzwei. Diese Fallen werden meist als Spagengallen in den Handel gebracht; aber abgesehen davon, daß auch Spagengallen nicht gequält werden sollen, geraten in diese Fallen auch eine große Anzahl Amseln, Finken, Amseln und Meisen, also auch Vögel, die von großem Nutzen sind. Hier sollten besonders Lehrer und Eltern ein strenges Verbot einlegen. Von den Vögeln, die auf solche Weise gefangen werden, stehen 95—99 pZt. in wenigen Tagen dahin.

pb. Diebstähle. Im Laufe des Dienstages wurden in hiesigen Vorstädten mehrere Diebstähle in Etagen ausgeführt, bei denen folgende Gegenstände gestohlen wurden: 1 gold. Scharnierfette, 1 alter gold. Siegelring, 1 Revolver, 1 Nickelbörse mit Nickelmünzen, 1 gold. Damen-Remontoiruh mit langer goldener Kette, 1 goldenes Kollier mit Perlaque, 1 silbernes Kettenarmband, 1 gold. Ring mit Opalen, 1 braun-ledernes Portemonnaie, 1 goldener Herren-Siegelring mit in Kristallform geschliffenem Opal, 1 elektrische Taschenlampe mit Krokodillederbezug „Corona“, ein Paar Teelöffel gez. N. J. und mehrere nicht gezeichnete Teelöffel, 1 Damen-Portemonnaie mit dreieckigem Goldbeschlag, in dessen Mitte sich der Buchstabe A befindet. Es kommt als Dieb ein Mann in Frage, der eine schwarze Ledertrappe, bezw. Brieftrappe bei sich trug, und sich als Vertreter einer Lebensversicherung ausgab.

Ihr 50jähriges Stiftungsfest beging gestern in den Stadthallen die Seefahrer-Krankenkasse unter zahlreicher Beteiligung. Das Programm wurde eingeleitet durch Konzert-Vorträge des Jacobschen Orchesters. Sodann folgte ein von Herrn Aug. Köhler gesprochenes Wä-

kommensgruß, in dem u. a. der beiden, seit der Gründung der Kasse angehörigen alten Seeleute Schmitt und Hövel gedacht wurde. Großen Anfall fanden die von Mitgliedern der Kasse resp. deren Angehörigen dargestellten lebenden Bilder, in denen des Seemanns Freud und Leid in naturgetreuer Weise geschildert wurden. Der gesangliche Teil des Programms lag in den Händen des Herrn Karl Stoll, dessen Darbietungen recht beifällig aufgenommen wurden. Den Schluß des Festes bildete ein Ball.

Der Verein für Gesundheitspflege und Naturheilkunde veranstaltete am Dienstag einen gut besuchten Vortragabend. Frau Clara Ebert sprach über: „Die natürliche Erziehung“. Die Dame fand für ihre Ausführungen lebhaften Beifall. Die Hauptpunkte des Vortrages, der hoffentlich recht vielen die Augen geöffnet hat, waren: Geschichtliche Entwicklung der Erziehungskunst. — Das Gesetz der Vererbung und die Entwicklungslehre. — Erziehung zur individuellen Persönlichkeit. — Seelische Entwicklung. — Selbstverantwortung, Freiheit und Selbständigkeit. — Wahrhaftigkeit. — Sexuelle Aufklärung. — Charakterbildung. — Gemüt. — Willenskräfte. — Mut. — Selbstbeherrschung. — Strafen. — Religiöse Erziehung. — Die Wichtigkeit guter Bücher. — Das Spiel. — Die Schule. — Erwald Haufes „Natürliche Erziehung“. — Landerziehungsheime. — Freie Waldschulen. — Die gemeinsame Erziehung beider Geschlechter. — Antiafrikolunterricht. — Zu Anfang des Abends wies Herr Grünau noch auf einen Artikel in den „Lübeck. Blättern“ hin, der die Schwimmhallenfrage behandelt. Er betonte im Gegensatz zu dem Artikel die Notwendigkeit einer Schwimmhalle. Gleichzeitig sei an das am Donnerstagabend im Colosseum stattfindende Stiftungsfest erinnert.

Stadtheater-Propositorium. Aus dem Theaterbureau schreibt man uns: „Der Hypochonder“ wird Freitag zum letzten Male wiederholt. Sonnabend geht, wie bekannt, Shafepares „Othello, der Mohr von Venedig“ zum Einheitspreise von 50 Pfg. in Szene. Für die letzte Kindervorstellung am Sonntag nachmittag sind die Preise wieder niedriger von 1 Mk. abwärts bis 30 Pfg. normiert. Zur Aufführung gelangt noch einmal „Prinzessin Tulipane“ oder „Die Reise nach dem Monde“. Abends 7 Uhr beginnt die Oper „Das Glöckchen des Gremitten“, hierauf das Lustspiel „Doktor Klaus“ in Szene.

Nur Erwerbungen des Bürgerrechts sind folgende Papiere erforderlich:

- 1) Geburtsurkunde des Antragstellers. (Diese ist nicht erforderlich, wenn derselbe in Lübeck geboren ist.)
 - 2) Staatsangehörigkeits-Ausweis.
 - 3) Militär-Papier.
 - 4) Anmeldechein. (Aus demselben muß hervorgehen, seit wann der Antragsteller in Lübeck ist. Eventuell (bei Gewerbetreibenden oder selbstständigen Handwerkern):
 - 5) Gewerbe-Anmeldechein.
 - 6) Innungsmitgliedschein.
- Ist der Antragsteller verheiratet, so sind außer obigen noch folgende Papiere beizubringen:
- 7) Heiratsurkunde oder statt deren: Trauschein und Geburtsurkunden der minderjährigen Kinder.
 - 8) Geburtschein der Ehefrau.

Die Vorlage der unter 7 und 8 genannten Urkunden ist ebenfalls nicht erforderlich, wenn der Antragsteller vor dem hiesigen Standesamte die Ehe geschlossen hat und wenn die Kinder hier geboren sind. In diesem Falle hat der Antragsteller ein beim Stadt- und Landamt gratis erhältliches Formular auszufüllen.

Die hiesige Staatsangehörigkeit kann zugleich mit dem Bürgerrecht erworben werden; die erforderlichen Papiere sind die gleichen.

Bürger kann jeder volljährige männliche Angehörige des Lübedischen Staates werden, der mindestens in fünf einander folgenden Jahren seinen Wohnsitz in Lübeck gehabt und alljährlich Steuern bezahlt hat.

Der Antrag ist beim Stadt- und Landamt, Mühlenstraße 1. Etage, Zimmer Nr. 8, Werktags in der Zeit von 9—1 Uhr zu stellen.

Die Erwerbungen des Bürgerrechts und der Staatsangehörigkeit ist kostenlos. Für das Nachschlagen verschiedener Realiter wird eine Gebühr berechnet.

Vom Steuerbureau ist eine Bescheinigung darüber beizubringen, daß für fünf Jahre Steuern bezahlt worden sind.

Schlutup. Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich gestern nachmittag auf dem für Industriezwecke in Aussicht genommenen Gelände. Ein Arbeiter, der dort mit dem Fortschaffen von Erdmassen beschäftigt war, kam mit dem linken Bein zwischen zwei Lowrys und zog sich dabei derartige Quetschungen zu, daß er nach Schlutup getragen werden mußte, wo ihm ärztliche Hilfe zuteil wurde.

Stockelsdorf. Billige Aussteuer. Ein Knecht in Artrade wurde dieser Tage wegen Diebstahls verhaftet. Derselbe ist verlobt und um nun auch Wäschegegenstände im neuen Hausstande zu haben, hatte er in der Nacht Stockelsdorf des Abends oder in der Nacht Wäsche, Handtücher, Taschentücher usw. von Zeugleinen abgenommen und nach Artrade transportiert, sich den Ofen geheizt und in seiner Kammer die Sachen zum trocknen auseinander gehängt. — **Maska 11.** Der seit Jahren so beliebte Maskenball des Radfahr-Vereins „Planer“-Fahrenburg findet am Sonntag im Gesellschaftshaus Fr. L. Baetau statt. Neu ist, daß Prinz Karneval diesmal zu Pferde erscheint. Öffentlich wird dem Verein ein volles Haus besichert.

Schwartau. Die Parteiversammlung findet am Freitag den 7. Februar, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Gasthof Transvaal statt. Da eine reichhaltige Tagesordnung zu erledigen ist, ist das Erscheinen aller Genossen dringend erwünscht. Genosse Keu hält einen Vortrag über das Thema: „Es war immer so.“

Stetelen. Ein tödlicher Unglücksfall ereignete sich beim Fuhrer Hümpel, wo auf der Scheunendiele mit der Göpeldrechslemaschine gearbeitet wurde. Hierbei flog ein Drehschläger aus der Maschine und traf die Schwägerin des Fuhrers, eine ältere Frau namens Lange. Der Reichweite war der bedauernswerten Frau gleich einem Wurfstein in die Brust gedrungen und hatte das Herz durchbohrt, so daß der Tod sofort eintrat. Ein Dienstmädchen, das gleichfalls bei der Drechslemaschine beschäftigt war, kam mit leichten Verletzungen an Kopf und Hand davon.

Soyer. Großfeuer. Montag abend gegen 10 Uhr entstand plötzlich Feuer in der großen Hofställe des Herrn R. Hinrichsen hier. Im Nu stand das ganze Gewebe in Flammen, so daß die schnelligst herbeigeeilten Feuerwehren große Anstrengungen machen mußten, die Nachbargebäude zu retten. Ein Glück war es, daß der Wind eine von den Nachbargebäuden abgewandte Richtung hatte, sonst würden viele Gebäude, trotz der rastlosen Arbeit der Feuerwehren, dem verheerenden Element zum Opfer gefallen sein. Ganz in der Nähe des Hofes befindet sich das große Kornlager des Herrn Hinrichsen, wo gegenwärtig etwa 4000 Sack Ge-

treibe lagern. Auch dieses wurde gerettet. Dagegen sind so weit bis jetzt zu ermitteln war, 16 Stück Vieh und 6 Stück der besten und wertvollsten Pferde in den Flammen untergekommen. Der ganze Hof ist bis auf die Mauern niedergebrannt. Die Entstehungsursache ist bis jetzt noch nicht näher festzustellen gewesen.

Rostock. Der Gottesgnadentumprozeß aus Mecklenburg vor dem Reichsgericht. In der Majestätsbeleidigungsstrafsache gegen den Verantwortlichen der „Mecklenb. Volksztg.“ Genossen Kühn, den die Rostocker Strafkammer am 30. November vorigen Jahres zu sechs Monaten Gefängnis verurteilte, setzte das Reichsgericht Termin an auf Donnerstag, den 12. März. Die Verteidigung führt der Rechtsanwält Genosse Dr. J. Herzfeld-Berlin, der in seiner Revisionschrift eine Reihe wichtiger Punkte gegen das Landgerichtsurteil aufgriff, so daß mit einer Aufhebung des Urteils zu rechnen ist. Die Sache ist in strafrechtlicher wie prozessualer Hinsicht von erheblicher Bedeutung.

Letzte Nachrichten.

Berlin, 5. Februar. Die Kommission des Reichstages für das Reichs-Vereinsgesetz beschloß, in den Entwurf einen Paragraphen einzufügen, wonach ein Verein, dessen Zweck dem Strafgesetzbuch zuwiderläuft, aufgelöst werden kann. Die Auflösungsverfügung kann im Wege des Verwaltungs-Streitverfahrens, und wo ein solches nicht besteht, im Wege des Rekurses nach Maßgabe der Vorschriften der Gewerbeordnung angefochten werden. Die Auflösung des Vereins ist öffentlich bekannt zu machen.

Stein, 5. Febr. Auf dem Ludwigshacht der Ferdinandsgrube wurden zwei galizische Arbeiter durch niederbrechende Kohlen getötet.

Chemnitz, 5. Februar. Das „Chemnitzer Tageblatt“ meldet aus Geyer im Erzgebirge: Der seit Sonnabend vermisste Schneidermeister Weyer wurde im Walde bei Geyer ermordet aufgefunden. Unter dem Verdacht der Täterschaft wurden zwei Einwohner von Geyer verhaftet.

Kierspe (Westfalen), 5. Febr. Hier ist unter Vergiftungserscheinungen eine aus 5 Köpfen bestehende Familie erkrankt. Drei Kinder sind bereits gestorben. Man führt die Vergiftung auf den Genuß von Sauertofel zurück, der aus einer sächsischen Fabrik stammte.

Wesseling, 5. Febr. Gestern abend wurde ein Bäckermeister, als er mit seinem Sohn, der ein verdächtiges Geräusch vernommen hatte, den Keller hinabstieg, von einem Dieb durch einen Revolverschuß getötet. Der Täter ist noch nicht ermittelt.

Nemagen, 5. Febr. Unter dem Verdacht, den Bäckermeister Dick in Wesseling ermordet zu haben, wurde der Arbeiter Emil Welter aus Bommern festgenommen, der nach längerem Verhör die Tat eingestand. Welter will in dem Keller, in dem ihn der Bäckermeister überraschte, haben übernachtet wollen.

Landau, 5. Febr. Wegen Beihilfe zur Weinfälschung in verurteilte die Strafkammer den Chemiker Lampert aus Eckenfoben zu zwei Monaten und 1 Woche Gefängnis und 2100 Mk. Geldstrafe. Der erlassene Haftbefehl soll durch eine Kaution von 30 000 Mk. aufgehoben werden.

Münster, 5. Febr. Von der auf dem Wege nach dem Fort Hassa in einen heftigen Schneesturm geratenen Abteilung der Fremdenlegion sind 10 weitere Leichen gefunden worden. Die Zahl der Opfer beträgt jetzt 34. Mehrere Legionäre werden noch vermisst.

Wales, 5. Februar. Hier wurde eine Bahrlagerin verhaftet, die dadurch einen gefährlichen Unfug verübte, daß sie Bergleuten Unglücksfälle in den Gruben aus der Hand las. Die Folge davon war, daß ganze Scharen von Bergleuten sich weigerten, in das Kohlenbergwerk „Trinwara“ einzufahren.

Handels- und Marktnachrichten.

Lübecker Marktpreise vom 5. Februar.
Bauern-Butter Wfd. 1,20—1,30 Mk., Meierei-Butter Wfd. 1,40—1,45 Mk., Hasen 3,80—4,70 Mk., Enten 3,60—4,30 Mk., Pühner 2,00—2,70 Mk., Küken 2,20—2,20 Mk., Lauben Stück 0,60 Mk., Gänse Wfd. 80 Pfg., Nückens 2 Mk., Schinken Wfd. 85—95 Pfg., Schweinshopf Wfd. 45 Pfg., Würst Wfd. 1,20 Mk., Eier 6 und 7 Stk. 60 Pfg., Deringe 10 10 Pfg., Dorische genügl., Süßwasserfische genügend, Karpfen Wfd. 1 Mk., Geräuch. Lachs Wfd. 1,00—2,00 Mk., Schleie Wfd. 1,40—1,60, Prachsen Wfd. 60—70 Pfg., Hechte Wfd. 70 Pfg., Barsche Wfd. 70—75 Pfg., Alal Wfd. — 100 Pfg., Karautischen Wfd. 80 Pfg., Gemüse genügend, Blumenkohl 100 Pfg. 0,30—0,60 Mk., Kohl 100 Pfg. — Mk., Gurken 100 Pfg. — Mk., Zwiebeln, hiesige, Wfd. — Mk., Aepfel, verschiedene pr. 100 Pfg. — Mk., Nüssen, pr. 100 Pfg. — Mk., Kirichen Wfd. — Pfg., Kartoffeln pr. 10 Piter 50—60 Pfg., Kartoffeln beste, 100 Pfd. — Mk.

Getreidepreise. Lübeck, 5. Februar.
Weizen, 115—127 Wfd. holl. 190—212 Mk. Roggen 114—129 Wfd. holl. 185—195 Mk. Safer nach Qualität 140—163 Mk., hochfein über Notiz. Gerste, nach Qualität 160—170 per 1000 Kilo.

Butter-Notierungen
d. Landwirtschaftskammer f. d. Provinz Schleswig-Holstein.
Butter-Auktion des ostholsteinischen Meierei-Verbandes.
Damburg, 5. Februar.
1. Klasse 234 Drittel zu 137,87 Mk. im Durchschnitt.
2. „ 15 „ „ 132,20 Mk. „ „
Sternschanz-Niehmart
5 Februar.
Der Schweinehandel verlief mittelmäßig.
Zugeführt wurden 651 Stück, davon vom Norden — Stück, vom Süden — Stück. Preis: Verbandschweine, 1-tägiger 54—55 Mk., leichte 54 Mk., Sauen 47—52 Mk. und Ferkel 50—53 Mk. pro 100 Pfund.

Verantwortlich für die Rubrik Lübeck und Nachbargebiete und die mit P. L. gezeichneten Artikel Paul Lohwig: für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stellung. Verleger: Th. Schmarz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Insertate finden durch den „Lübecker Volksboten“ in den Kreisen des wertvollen Volkes weite Verbreitung und genügende Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im „Lübecker Volksboten“.

Komitee- u. Kommissions-Sitzungen
Arbeiter-Abstinenten-Bund.
 Morgen Freitag abend 8 1/2 Uhr.
H. T. V.
 Heute Donnerstag: Festkomitee.

Gestern abend starb nach langer Krankheit unser Kollege und treuer Mitarbeiter
Heinrich Fegbeutel
 im 46. Lebensjahre.
 Der Verstorbene war uns ein lieber Freund. Sein aufrichtiger Charakter sichert ihm ein bleibendes Andenken.
 Er ruhe in Frieden!
Die Buchdrucker
 im „Lübecker Volksbote“.
 Lübeck, den 6. Februar 1908.

Für alle Beweise herzlicher Teilnahme anlässlich des Hinscheidens unserer innigstgeliebten Tochter, Schwester und Schwägerin sagen auf diesem Wege unsern herzlichsten Dank. Auch Herrn Pastor Stücken für seine Trostworte unsern tiefgefühlten Dank.
Heinr. Glau und Familie.

J. Stühr zu seinem 53. Weigeneste ein 999mal donnerndes Hoch, daß der ganze Lohnen wackelt. Ob he ist woll wart marken leit?
 Zum 1. April eine Zweizimmerwohnung zu vermieten an einzelne Leute
 Sedanstraße 10a, I.

Gesucht zum 1. April vor dem Holstentor eine Zweizimmerwohnung im Br. von 180 bis 200 Mk.
 Ang. u. P. G. an die Erred. d. Bl.
 Zu vermieten zwei Maskenanzüge (Soubrrette, Spanierin) Engelswisch 47, I.

Gesucht zu Ötern ein kräftiger Junge zur Fischerei bei gutem Lohn.
 Heinrich Witt, Gohmsmnd b. Lübeck.
 Gesucht zu Ötern ein Farbierlehrling.
 W. Puschack, Koniastr. 46.

Per Zufall zwei neue Brandbetten billig zu verkaufen.
 Salauerföhr 37.

Verloren eine goldene Damenuhr mit Namenszeichen H. Storm auf dem Wege Breitestr. (Straßenbahn) Annimier. Abzugeben gegen gute Belohnung Arminstraße 49.

budwig Frösch, Buchbinderei, Weiter Krambuden 3, empfiehlt sich zu allen in seinem Fache vorkommenden Arbeiten.

Am Freitag, d. 7. Februar 1908, bleibt mein Lokal von abends 7 Uhr ab geschlossen.
Christian Wien
 Gr. Kurasstraße.

Zu den bevorstehenden Maskenbällen empfiehlt seine Maskengarderobe
H. Vitense, Inh. G. Mees,
 Johannisstraße 47.

E. BOY, Fischhandlung
 Königstr. 61, b. d. Fleischhauerstr. Telefon 115.
 Markthallenstand 46.
 Seelachs, Kahlau Wd. 20 Pfg.
 Lebende Holsteiniiche Karffen, Schleie, Nechte.

Die Arbeiter-Garderoben
 aus dem Spezial-Geschäft von
 Karl Otto Albers 10.
 sind vortheilhaft bekannt durch gute Verarbeitung und sehr billige Preise. U. Z.:
 Lederhosen 2,20—5,45
 Baumwollhosen 2,60—6,75
 Schloßhosen 1,88—5,25
 Ueberziehhosen 1,98—3,25
 Pantyhosen 1,68—3,25
 feine Jacken, Schüge und gerade, 1,28
 Anze, Hemden, Schlachterjacken, Freizeithosen,
 Walse-Bügel ebenfalls billig.
 Preise von 30 Pfg. bis 1,88 Mk.
 Note Subcamachen.

Empfehlungs-Karten
 liefert prompt und sauber
Die Druckerei des Lüb. Volksboten.

Nach langer Krankheit verstarb gestern abend unser langjähriger Mitarbeiter, der Buchdrucker
Heinrich Fegbeutel
 im 46. Lebensjahre.
 Der Verstorbene war seit dem Bestehen des „Lübecker Volksbote“ mit Eifer und Fleiss in unserem Betriebe tätig.
 Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren!
 Lübeck, den 6. Februar 1908.
Redaktion u. Verlag d. „Lüb. Volksbote“

Geschäfts-Eröffnung.
 Mit dem heutigen Tage eröffne ich in meinem neuerbauten Hause gegenüber dem neuen Hauptbahnhof ein
Zigarren-Spezialgeschäft
 und bringe dieses einem geehrten Publikum in freundl. Erinnerung. Prompte und reelle Bedienung zugesichert.
 Hochachtungsvoll
Wilhelm Garbe
 Am Bahnhof, Ecke Bahnhofstrasse.
 Fernsprecher 697.
 Lübeck, den 6. Februar 1908.

Geschäfts-Eröffnung.
 Meinen werten Kunden die ergebene Mitteilung, daß ich mit dem heutigen Tage ein Spezialgeschäft in Kinderwagen u. Korbwaren eröffnet habe.
 Indem ich höflichst ersuche, mein neues Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen zeichne Hochachtungsvoll
J. Baade, Fackenburg Allee 34-34a.

Die Neue Zeit
 Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie.
 Redigiert von Karl Kautsky.
 Die Neue Zeit erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen und Kolporture zum Preise von Mk. 3.25 pro Quartal zu beziehen. Das einzelne Heft kostet 25 Pfg. Durch die Post bezogen beträgt der vierteljährliche Abonnementspreis Mk. 3.25 (ohne Beleggeld). Bei direktem Bezug unter Kreuzband innerhalb Deutschlands und Österreich-Ungarns vierteljährlich Mk. 3.90, innerhalb des Weltpostvereins vierteljährlich Mk. 4.55.
 Die Neue Zeit darf als unentbehrliche Zeitschrift für alle diejenigen bezeichnet werden, welche ein mehr als flüchtiges Interesse für die große Tagesfrage der sozialen Entwicklung haben.

Achtung! Achtung!
 Große öffentliche
Versammlung
 aller in den Gärtnereien Lübecks und Umgegend beschäftigten Personen
 am Sonnabend, den 8. Februar,
 abends 8 1/2 Uhr
 im Vereinshaus, Johannisstr. 50-52.
 Tages-Ordnung:

1. Unsere Lohnbewegung und wie stellen wir uns zu derselben.
 2. Freie Aussprache.
Männer und Frauen, keiner darf fehlen.
 Um zahlreichen Besuch bittet
 der Einberufer.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.
Mitglieder-Versammlung
 am Freitag, den 7. Februar 1908,
 abends 8 1/2 Uhr,
 im Vereinshaus, Johannisstraße 50-52.
 Tages-Ordnung:
 1. Aufnahme neuer Mitglieder.
 2. Berlegung des Gau-Bureaus nach Lübeck zum 1. April 1908.
 3. Verschiedenes.
 Pflicht eines jeden Mitgliedes ist es, in der Versammlung zu erscheinen.
 Mitgliedskarten sind vorzuzeigen.
 Der Vorstand.

Arbeiter-Turn-Verein Lübeck.
Versammlung
 am Freitag, den 7. d. Mts.,
 abends 8 1/2 Uhr
 im Vereinslokal Hundestr. 41.
 Tages-Ordnung:
 1. Bezirkssturntag.
 2. Berichte.
 3. Wahlen.
 4. Anträge.
 5. Verschiedenes.
 Der Vorstand.

Achtung Bauarbeiter!
Mitglieder-Versammlung
 am Freitag, den 7. Februar,
 abends 8 Uhr präz.
 im Vereinshaus, Johannisstraße 50-52.
 Tages-Ordnung:
 1. Aufnahme neuer Mitglieder.
 2. Stellungnahme zur Bauarbeiterkonferenz und Wahl der Delegierten.
 3. Unsere Lohnfrage für das Jahr 1908 und das Angebot des Arbeitgeberverbandes.
 4. Abrechnung vom Weihnachtsvergügen.
 5. Verschiedenes.
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht
 Der Vorstand
 NB. Die umliegenden Zweigvereine sind hierzu eingeladen
 D. D.

Einladung zum Masken-Ball
 des Radfahrer-Vereins „Planet“,
 Fackenburg
 am Sonntag, den 9. Febr.,
 im Gesellschaftshaus F. l. Paetau.
 Eintritt: Masken 40 Pfg. Herrenkarte 1 Mk. Einzelne Dame 50 Pfg.
 Anfang 8 Uhr. Ende morgens.
 Maskenzug 8 Uhr. Demaskierung 11 Uhr.
 Fremde Pierrots haben keinen Zutritt.
 — Prinz Karneval zu Pferde. —
 Maskengarderobe ist im Festlokal zu haben.
 Es ladet freundlichst ein
 Der Vorstand
 NB. Die umliegenden Vereine sind gleichfalls freundlichst eingeladen.

Travestrand Moisling.
 Sonntag, den 9. Februar 1908:
Große Tanz-Musik.
 Musik: Stodtendorfer Kapelle.
 Jeder Herr und Dame erhält ein Paar Bockwürstchen gratis.

Variété Universum
 Neues Programm.
 Chice Damen.
 Das neueste Couplet.
 l. Puls.

Panorama
 Breitenstraße 53, 1. Stage.
Kaisertage in Wiesbaden
 Das neue Kurhaus.
 Besuch der Saalburg.

Hansa-Theater
 Nur diese Woche.
 Gastspiel der berühmten, aus 13 Personen bestehenden amerikanischen Pantomimen-Troupe **The Reed-Pinand-Company.**
 Ein Abend in einem amerikanischen Zingeltangel.
 Diese Troupe hat in Hamburg (Hansa-Theater) ausverkaufte Häuser erzielt. Ueberall war sie Tagesgespräch!
 Dazu: Neues Künstler-Personal. Trotz der großen Unkosten, womit das Gastspiel verbunden ist, sind die Eintrittspreise nicht erhöht. Vorverk. bei Sager bis 5 Uhr.

Stadt-Theater.
 (Provisorium)
 Direktion: L. Plorkowski.
 Freitag, den 7. Februar. 8 Uhr.
 98. Abonn.-Vorst. 19. Freitag-Abonn.
Der Hypochonder.
 Lustspiel in 4 Akten von Moser.
 Sonnabend, 7 1/2 Uhr: Jeder Pl. 50 Pfg.
Othello, der Mohr v. Venedig.
 Sonntag 4 Uhr. Zu besonders kleinen Pr.
 Letzte Kindervorstellung.
Prinzessin Tulipane
 oder Die Niese nach dem Monde.
 Abends 7 Uhr: Große Doppel-Vorstellung.
Das Glückchen des Eremiten.
 Hierauf: Doktor Klaus.

Zum Kapitel der Leutenot auf dem Lande.

Über die Leidensgeschichte einer Landarbeiterfamilie berichtet die „Königsberger Volksztg.“:

Auf dem Gute Schuggen im Kreise Fischhausen, das einem Hauptmann Reckholz gehört, wohnt seit zwei Jahren eine Arbeiterfamilie, Mann, Frau und drei Kinder. Der Mann ist Tagelöhner. Er erhält neben freier Wohnung, die aber kaum einen Mietwert von jährlich 50 Mk. hat, im Sommer pro Tag, von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang, 2 Mk., im Winter pro Tag 1,50 Mk. Er erhält kein Brennholz, sondern muß es sich kaufen. Keine Kuh darf er sich und kein Schwein kann er sich halten. Kartoffelacker muß mit 10 Pfennig pro Rute bezahlt werden. Wie bringt es nun die Familie fertig, jetzt im Winter mit 1,50 Mk. Tagelohn zu vegetieren? Hier die Tages Speisekarte: Morgens früh Kaffee (das heißt Schorienwasser) und trockenes Brot. Frühstück: Brot mit sogenanntem Affensidmalz und Kaffee. Mittags: Kartoffeln mit Salz oder Kartoffeln mit Zwiebeln oder Kartoffeln mit etwas Schmalz übergebraten. Alle Woche auch einmal Kartoffeln und einige kleine Heringe. Vesper: Kaffee und Brot und abends Kartoffeln mit eben denselben Zutaten wie mittags. Fleisch ist in den zwei Jahren, die die Familie auf diesem Gute wohnt, von ihr noch nicht gegessen worden. Dieses sehr wichtige Hauptnahrungsmittel scheidet für die Leute vom Speisezettel von vornherein aus. Denn wie aus folgendem Haushaltsetat der Familie ersichtlich, reicht es dazu nicht aus.

Das Einkommen des Mannes — die Frau kann der kleinen Kinder wegen nicht mitarbeiten — beträgt 6 Tage a 1,50 Mk. wöchentlich 9 Mk.

Die Ausgaben: 8 Brote zu 4 Pfund a 50 Pf. = 4 Mk., 2 Pfund Schmalz oder Margarine a 60 Pf. = 1,20 Mk., 7 Liter Milch a 10 Pf. = 70 Pf., 3 Heringe a 5 Pf. = 15 Pf., Salz, Zwiebeln, Kaffeesrot, Holz, Petroleum, Seife und sonstige unentbehrliche Kleinigkeiten dieses mehr als ärmlichen Haushalts wocheweise 2,20 Mk., das macht insgesamt wöchentlich 8,25 Mk. zur Anschaffung der allernotdürftigsten Lebensmittel, die auch nur hinreichen, eine Familie vor dem Hungertode zu bewahren. Ganze 75 Pf. bleiben, vorausgesetzt, daß nicht unvorhergesehene Ausgaben für Arznei oder dergleichen sich einstellen, bei diesem Etat jede Woche übrig, zur Anschaffung von Kleidern, Wäsche, abgenutzten Wirtschaftsgeschäften und all der vielen, auch für den ärmsten Hausstand unentbehrlichen Bedarfsartikel. Also trotz des vollständigen Verzichts auf Fleischnahrung auch nicht die geringste Aussicht, verbrauchte Kleider und Wäsche zu ersetzen.

Auf die an den Arbeiter gerichtete Frage: „Was machen Sie nun, wenn ihre Stiefel kaputt sind und Sie brauchen neue?“ antwortete er: „Stiefel, ja Stiefel oder Schuhe habe ich gar keine. Zur Arbeit gehe ich auf Holzkorke und wenn ich mal nach der Stadt muß, so wie neulich, als ich den Dienstherrn dort hinfahren mußte, dann leihe ich mir Stiefel von meinem Schwager.“

„Na, aber wenn Sie oder Ihre Familie nun Hemden oder sonst ein ärmliches Kleidungsstück anschaffen müssen?“

„Dann müssen wir uns eben einrichten.“ antwortete die Frau. „Es fällt dann das Schmalz und der Hering für eine Zeitlang fort und es wird auch am Brot gespart.“

Das sagten die Leute mit einer apathischen Gleichgültigkeit her, als wenn sich das in unserer herrlichen, christlichen Weltordnung so ganz von selbst versteht und nichts daran zu ändern ist. Junge Leute, der Mann 32, die Frau 26 Jahre alt, sind es, die hier wie so viele ihrer Leidensgenossen bei schlechter Ernährung und schwerer Arbeit geistig und physisch frühzeitig zugrunde gehen. Sie haben schon jetzt mehr die Kraft und die Energie, sich irgendwo eine andere Existenz zu gründen. Was kann man da von alten Landarbeitern verlangen, die von Jugend auf gewöhnt sind, zu entbehren, sich ausbeuten und knechten zu lassen!

Die Leidensgeschichte der hier erwähnten Landarbeiterfamilie ist aber noch nicht zu Ende. Am 30. Dezember v. J. verunglückte der Mann bei der Arbeit und wurde infolgedessen arbeitsunfähig. Seine Frau ging nun nach einigen Tagen zum Gutsherrn und bat für ihren Mann um ärztliche Behandlung. „Laß den Lämmel nur arbeiten kommen“, war die Antwort des Herrn Hauptmann. Eine Woche verging nun so ohne ärztliche Hilfe, aber auch ohne Verdienst und ohne Brot für die ohnehin darbenende Familie. Bei dem Mann stellten sich jetzt große Schmerzen im ganzen Körper ein. Er konnte sich, wohl auch infolge von Entkräftung, nicht mehr auf den Beinen halten und mußte sich zu Bett legen. Nachmals wurde die Frau, welche in wenigen Tagen ihrer Niederkunft entgegen sah, beim Gutsherrn wegen ärztlicher Hilfe vorstellig. Wieder wurde sie abgewiesen. Mehr Herz im Leibe hatten die Nachbarn, obgleich selbst sehr arm. Durch Verabreichung von einigen Lebensmitteln bewahrten sie die Familie vor dem Hungertode.

Inzwischen hat der Mann sich schriftlich an den Kreis Ausschuss zu Fischhausen gewandt und um Unterstützung seiner Familie während seiner Erwerbslosigkeit gebeten. Am 15. Januar wurde das dringende Schreiben abgeschickt, aber bis zur Drucklegung dieser Zeilen war weder Hilfe noch eine Antwort eingetroffen. In all diesem entsetzlichen Elend traf nun noch ein junger Weltbürger ein. Auch er schrie bald nach Nahrung, welche die entkräftete Mutter in ihrer Brust nicht hatte. Also mußten die andern Kinder das eine Liter Milch, das die Gutsherrschaft gnädigst jeden Tag auch während der Krankheit des Mannes weitergab, teilen. Hilflos lagen nun beide, Mann und Weib, und hörten fortgesetzt das Geschrei der Kinder nach Brot, sahen zu, wie die Kinder sich kalte Kartoffeln suchten, um ihren Hunger zu stillen. Das hielt der Mann nicht länger aus. Er raffte sich auf und stellte sich, trotz seines elenden Zustandes, dem Gutsherrn zu leichter Arbeit. Ihm wurde aufgetragen, das Vieh zu putzen, welche Arbeit durchaus nicht leicht ist, besonders für einen bei Kartoffeln und Salz entkräfteten Körper. Selbst wenn der noch kranke Mann wieder voll arbeitsfähig wird, was aber bei seiner mitterablen Ernährung kaum zu erwarten ist, sieht die Familie einer traurigen Zukunft entgegen.

Zur Anschaffung von Arbeitskleidern für sich und Windeln und Säuglingswäsche für den damals zu erwartenden Familienzuwachs hat der Mann im Dezember v. J. vom Gutsherrn 20 Mk. Vorschuss erhalten unter der Bedingung, daß ihm jede Woche 3 Mk. vom Wochenlohn bis zur Tilgung der Schuld abgezogen werden. Anstatt mit 9 Mk., wird diese Landarbeiterfamilie nun also die nächsten Wochen mit 6 Mk. die ganze Woche wirtschaften müssen. Wie die Leute das fertig bringen und welchen Speisezettel sie dabei aufstellen werden, das wissen sie wohl selber noch nicht. Aber etwas anderes wissen diese und viele andere Landarbeiter. Nämlich, daß nicht nur

arbeitsunfähige Ortsarme, sondern auch junge, arbeitsfähige Leute in manchen Arbeitsstellen auf dem Lande trotz der herrschenden Leutenot verhungern oder verkommen können, ohne daß ein Hahn darnach kräht und die Gutsherrschaft oder der Kreis Ausschuss sich darum kümmert. Desto lauter und eindringlicher rufen diese Herrschaften aber nach Staatshilfe gegen den großen Artertemangel auf dem Lande. Und die maßgebenden Behörden sind immer noch eifrig bemüht, die Ursachen der Landflucht zu ergründen. Freilich mit verbundenen Augen und zugestopften Ohren.

Soziales und Parteileben.

Nadelstichpolitik gegen die Solinger Gewerkschaften. Der Oberbürgermeister von Solingen hat an die Konzessions-Inhaber des dortigen Gewerkschaftshauses folgendes Schreiben berichtet:

Solingen, 29. Januar 1908.

Bei den in letzter Zeit hier stattgehabten Demonstrationen gegen das preussische Landtagwahlrecht sind die Demonstranten sowohl in das Gewerkschaftshaus hineingezogen, wie sie sich auch in einem Falle dort gefamelt haben, um den nicht erlaubten Zug durch die Stadt anzutreten. In allen Fällen haben lärmende Kundgebungen der Massen vor dem Hause und in demselben stattgefunden, die Beamten sind aus den Fenstern und Türen und aus dem Lorraineingang heraus angeschrien, verhöhnt und teilweise sogar ernstlich beleidigt worden. Zweifelloos wurden bei diesen Anlässen erheblich mehr Personen in das Gewerkschaftshaus hineingelassen, als nach den Raumverhältnissen Aufnahme finden dürfen. Ich mache Sie aus Grund Vorstehendem darauf aufmerksam, daß ich die Polizeibeamten angewiesen habe, für die Folge sofort das Lokal zu schließen, wenn solche Ungehörigkeiten sich wiederholen sollten; auch werde ich alsdann Anordnung treffen, daß der Wirtschaftsbetrieb im Gewerkschaftshause jeden Abend um 11 Uhr, eventuell noch zu früherer Stunde geschlossen werden muß.

Die Polizeiverwaltung.

Der Oberbürgermeister.

Und was ist nun in Solingen passiert, das eine solche rigorose, kleinliche Maßregel rechtfertigt? In zwei Sonntagen im Januar ist das Solinger Gewerkschaftshaus ungewöhnlich voll gewesen. Voll von Männern, die aus dem ganzen Kreise Solingen zusammengekömmt waren, um durch ihr Zusammenkommen in eindringlicher Weise Protest gegen die Dreiklassenwahl in Preußen zu erheben. Die Verwaltung des Gewerkschaftshauses ist an diesen beiden Zusammenkünften vollständig unbeteiligt. Sie hat nichts getan, als was jeder andere Inhaber einer Wirtschaft im gleichen Falle tun würde: Sie hat dafür gesorgt, daß alle Gänge nach Möglichkeit Blag und Erquickung gefunden haben. Von einer sonst nie und nirgends vorkommenden Überfüllung kann gar keine Rede sein. In den unteren Räumlichkeiten standen zwar zeitweilig zahlreiche Personen, oben waren jedoch in beiden Fällen einzelne Zimmer nur schwach besetzt. Einen derartigen Andrang in einer Gastwirtschaft hat jedenfalls wohl jeder schon einmal irgendwo erlebt: In den Karnevalstagen in Köln, bei höfischen Festlichkeiten in Berlin, an Silvesterabenden und bei ähnlichen Anlässen in zahlreichen Städten Preußens. Als im Februar vorigen Jahres der Bund der Landwirte in Berlin seine Generalversammlung abhielt, wurde nachher in den Zeitungen mitgeteilt, daß ein verächtliches Berliner Nachtcafe, das Cafe National, wegen Überfüllung polizeilich gesperrt werden mußte. Wohl gemerkt, gesperrt, nicht etwa geschlossen, wie dem Solinger Gewerkschaftshaus angedroht wird. Die Berliner Straßendivert, die sich in jenem Cafe verflammeln und die von den wucherzollbereicherten Agrariern gestürmt wurden, haben mehr Recht als die Solinger Arbeiter. Das Cafe National darf überfüllt sein, wahrscheinlich ist der Besizer auch ein Wähler erster Klasse für den preussischen Landtag. Ist aber das Haus der Arbeiter überfüllt, dann droht man mit Schließung und mit Herabschneidung der Polizeistunde.

König Jakobs letzte Tage.

Ein historischer Roman von Theodor Mügge.

(16. Fortsetzung.)

Doktor Burnet war in einem verborgenen Gemach im Hause des Grafen Shrewsbury versteckt, und nur spät abends und dann unter der größten Vorsicht und mancherlei Verkleidung wagte es der gefährliche Mann auszugehen, um einige vertraute Personen zu besuchen.

Er arbeitete den ganzen Tag über, denn er besaß eine ungeheure, unermüdliche Tätigkeitskraft. Zahllose Briefe und Abhandlungen, Berichte und Ratschläge wurden nach dem Haug auf geheimen Wegen befördert, dazwischen aber schrieb der Doktor Schrift auf Schrift. Kurz, bündig und im fortwährenden, derben Volkston, in welchem er alle die Tyrannen, die Verbredchen und Sünden des Königs und seiner Günstlinge schilderte und verdamnte, den Hof abmalte, das Volk warnte, die Papisten verfluchte, die Geburt des Prinzen von Wales als die nichtswürdigste Betrügerei verspottete und jeden Engländer beschwor, treu auszuhalten und fest zu stehen, bis der rettende Prinz von Oranien erschiene.

Diese Schriften, Flugblätter von geringer Länge, aber gewaltigem Erfolge, wurden gedruckt, niemand wußte wo, und verbreitet von unsichtbaren Händen. Man fand sie am Morgen in den Straßen, sie lagen in den Häusern, sie kamen plötzlich auf den Tischen der zahllosen Schenken und Wirtschaftshäuser zum Vorschein, wo die arbeitenden Klassen, Soldaten und Matrosen verkehrten, aber auch in den Kaffeehäusern las man sie begierig, die damals der Sammelpfad aller Politiker und Männer von Bildung, Talent und Gelehrsamkeit waren. — Die Polizei machte die größten Anstrengungen, die geheimen Pressen zu entdecken, wo diese Schandblätter, wozu sie die Regierung erklärte, gedruckt wurden, aber alle ihre Mühen blieben eben so vergebens, wie die ausgetobenen Verhörungen, den Schreiber zu fangen.

Doktor Burnet schrieb ruhig weiter, und je mehr er hörte, wie König Jakob im heftigsten Zorn von seinen Ministern forderte, daß der verwegene Verbredcher ergriffen werde, je mehr Jeffreys fluchte und schwor, er wolle ein fürchterliches Exempel geben, je mehr Lord Sunderlands geheime Spione

umhersuchten, um so höhhafter wurden Burnets Aufrufe und um so giftiger sein Hohn und seine Wache.

Eines Abends hatte er so eben ein neues Blatt vollendet, als sein vertrauter Diener einen Herrn hereinführte, den Graf Shrewsbury ihm übergeben hatte. „William Howe!“ rief der Doktor ihm entgegen, indem er aufsprang. „Ich freue mich, Euch zu sehen. Glücklicherweise aus dem Haug? Was bringt Ihr für Neuigkeiten?“

Er schüttelte ihm die Hand, der junge Edelmann warf den Mantel ab und sagte leiser: „Erst hört, mein werter Freund, was ich Euch aus der Nähe berichten muß. So eben sind dem Lord Sunderland die Siegel abgenommen, er ist aus allen seinen Ämtern und Stellen entlassen worden.“

„Eine vortreffliche Neuigkeit, rief Burnet, ohne zu erschrecken. „Ich habe es immer gedacht, daß es so kommen muß.“

„Der König,“ fuhr William fort, „verammelt morgen alle Bischöfe und die anwesenden Pärs, um ihnen alle Beweise für die Echtheit der Geburt des Prinzen von Wales vorzulegen.“

„Laßt ihn vorlegen, was er will,“ sagte der Doktor. „Und wenn der Erzengel Gabriel oder der heilige Petrus vom Himmel stiege und Zeugnis dafür ablegten, das Volk wird es doch nicht glauben. Sein Haß ist größer als alles, was Himmel und Hölle tun können.“

„Aber der König wird von allen auch eine mündliche Erklärung fordern, daß niemand den Prinzen ins Land gerufen habe. Was wird der Bischof von London tun?“

„Compton wird schon wissen, was er zu tun hat,“ sprach Burnet lachend. „Er ist ein Priester: es wird ihm nicht an irgend einer Wendung fehlen, die seinen Kopf aus der Schlinge bringt.“

„Aber Ihr selbst seid nicht mehr sicher,“ fiel William ein. „Jedermann glaubt, daß von Euch die Flugblätter herrühren, die das Volk in Bewegung setzen. Sunderland weiß vielleicht mehr, als Ihr meint.“

„Er weiß alles,“ sagte Burnet. „Vor wenigen Tagen saß er dort, wo Ihr jetzt sitzt. Wie sind die besten Freunde.“

„So nicht, ehe es zu spät ist,“ rief Howe. „Der König verzehrt alles um den Preis eines Kopses, und dieser gewissenlose Mann wird nicht zögern, Euch zu verkaufen.“

„Das wird er bleiben lassen,“ erwiderte Burnet unbesorgt. „Er würde mich auf der Stelle verraten, wenn er nicht völlig überzeugt wäre, daß es mit Jakobs Reich zu Ende geht. — Nein, es ist gut, daß Sunderland fällt. Es ist kein Mann da, der ihn ersetzen könnte. Die Aufregung wird dadurch größer werden, die Forderungen lauter, und ich kenne diesen König, seine Beschränktheit, seinen Starrsinn. Er wird nicht nachgeben, nicht eintreten, höchstens ein paar Versprechungen machen, die er nicht hält, und er wird sein Verderben beschleunigen.“

Die Lords wollen die Entfernung Bettes und Jeffreys, ein freies Parlament und eine Änderung der Regierung fordern,“ fuhr Howe fort. „Lord Halifax soll berufen sein.“

„Beruft sie nur, diese alten Vermittler,“ sagte Burnet hin und hergehend; „streckt die Hand nach den Reitern aus, welche so lange vergebens gewarnt haben, ihr werdet jetzt so wenig wie damals selbst an ihren zahmen halben Maßregeln Gefallen finden. — Glaub mir, William Howe, es ist aus mit diesem eigensinnigen, törichtem, fanatischen König, der nichts will als seinen Willen, der sich allein für den Sitz der Weisheit hält, der keinen Widerspruch ertragen kann und untergehen muß, weil er, engherzig und beschränkt, seine Zeit und sein Volk mißachtet und deren Rechte und Forderungen als Gnadenfalle betrachtet, er, der Herr und Gebieter, neben dessen Rechten es kein Recht gibt.“

„Glaubt Ihr denn aber, Doktor Burnet,“ fragte der junge Mann, „daß der Prinz von Oranien dem englischen Volke die Freiheit bringen werde?“

„Ah,“ rief Burnet lebhaft. „Du hast ihn gesehen, mein junger Freund. Erzähle mir, wie sieht es aus im Haug?“

„Flotte und Heer sind bereit, vielleicht jetzt schon sind die Segel gespannt, und die Schiffe schwimmen auf dem Meere,“ erwiderte William, „aber ich könnte nicht sagen, daß dieser einseitige, blasse, kalte Prinz und die meisten der Herren, die ihn begleiten, mir gerade besonders gefallen hätten.“

Die Stuttgarter Straßenbahner haben zurzeit einen schweren Kampf um ihr Koalitionsrecht zu führen. Eine Bestimmung der Dienstvorschriften besagt, daß nur solche Leute angestellt bzw. im Dienst belassen werden, die keinen agitatorischen, das gute Einvernehmen zwischen den Straßenbahngesellschaft und den Bediensteten störenden Vereinigungen oder Verbänden angehören. Diese Bestimmung richtet sich gegen den Deutschen Transportarbeiterverband. Einer „christlichen“ Gewerkschaft beizutreten ist nach der Versicherung der Führer der Christlichen den Straßenbahner gestattet, wohl deshalb, weil die Direktion die Ohnmacht der christlichen Organisation genau kennt. Die Straßenbahner, rund 500 an der Zahl, wissen das aber auch. Ein erheblicher Teil der Angestellten hat sich darum bereits dem Transportarbeiterverbande angeschlossen. Die Sektion der Straßenbahner des Transportarbeiterverbandes hat kürzlich zwei Nachtversammlungen einberufen, die von sämtlichen Straßenbahner mit wenigen Ausnahmen besucht waren. Es wurde einstimmig eine Resolution angenommen, in der die Direktion ersucht wird, den Angestellten freies Koalitionsrecht zu gewähren und die oben erwähnte Bestimmung der Dienstvorschriften zu beseitigen. Gleichzeitig wurde die Stadtverwaltung Stuttgart, die im Aufsichtsrat der Gesellschaft mit drei Mitgliedern vertreten ist, aufgefordert, ihren Einfluß aufzubieten im Sinne der Resolution. Die Antwort der Straßenbahndirektion an die Sektion der Straßenbahner war sehr off ablehnend. Die Direktion teilte brieflich mit, daß sie den Transportarbeiter-Verband als Vertreter der Angestellten nicht anerkennt. Der Ausschuß der Bediensteten sei jederzeit in der Lage, Wünsche und Beschwerden der Angestellten vorzubringen. In einer Sitzung der Direktion mit dem Ausschuß wurde letzterem eröffnet, daß das Koalitionsverbot aufrecht erhalten und jeder Straßenbahner entlassen würde, der sich dem Transportarbeiter-Verband anschließen. Zwei Tage darauf wurden denn auch zwei organisierte Straßenbahner, beide Mitglieder des Bediensteten-Ausschusses, gemahnt. Durch Verrat war ihre Verbandszugehörigkeit der Direktion bekannt geworden. Vorgeladen und befragt, erklärten beide, daß sie im Transportarbeiter-Verbande den besten Vertreter ihrer Interessen wie des Wohles ihrer Kameraden erblickten. Daraufhin mußten sie sofort den Dienst aufgeben. Unter den Straßenbahner herrscht über die Maßregelung der beiden Kameraden, die beide sehr beliebt sind, große Erbitterung. Die Verbandleitung muß ihren ganzen Einfluß aufbieten, um eine Explosion zu vermeiden. Die Straßenbahndirektion hingegen sucht offensichtlich den Ausweg zu erzwingen, um die älteren Angestellten, von denen sie mutmaßt, daß sie dem Verbande angehören, durch billigere „Arbeitswillige“ zu ersetzen.

Die gelben Gewerkschaften im Lichte der Reichsstatistik. Über unabhängige Arbeitervereine und gelbe Gewerkschaften veröffentlicht das „Reichsarbeitsblatt“ einen längeren Artikel. Es wird darin als Zweck dieser Vereinigungen angegeben, unter Ausschaltung der Theorie des Klassenkampfes in friedlichen Unterhandlungen mit den Unternehmern ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern. In den Vordergrund gerückt sind dabei die Unterhaltungsvereine als einer der Hauptzwecke der Vereinigungen. Das im Artikel mitgeteilte Material, so dürftig es auch ist, widerlegt die angegebenen Zwecke. Sehr treffend wird die „objektive“ Haltung des „Reichsarbeitsblattes“ zu den Arbeitern durch den Satz belegt, daß diese Arbeiter Gegner sozialer Streiks sind. Wie überhaupt der Artikel in einem die Gelben begünstigenden Tone geschrieben ist. Diese Bewegung, heißt es, wird von den Arbeitern scharf bekämpft, von den Unternehmern vielfach unterstützt. Warum sie von den Unternehmern unterstützt wird, braucht hier nicht näher auseinandergelegt zu werden. Sowohl die in Frankreich 1901, in Deutschland 1905 entstandene Bewegung verdankt ihren Mithing größeren Streiks. Wie der Name Gelbe entstanden sei, gibt das Blatt wie folgt an: „Gelegentlich der Arbeiterkämpfe bei Creuzot und in Bergreivier um Monceau les Mues kam es zu einer Spaltung in der Arbeiterschaft. Ein Teil der Streikenden wollte sich dem Terrorismus der Streikenden nicht mehr unterwerfen und bildete einen Bund für sich. Während diese Gemäßigten sich berieten, wurden die Heftiger des Lokals, in dem sie ihre Versammlung abhielten, von den Streikenden durch Steinwürfe zerrammert. Man hat sich ihnen dadurch, daß man die Heftiger mit gelbem Papier beklebte. So hat dieser geringfügige äußere Anlaß der ganzen Bewegung den Namen gegeben.“ Insofern ist dieser Name doch sehr zutreffend, als die gelbe Farbe das Symbol der Frölichkeit ist. Das Programm der französischen Gelben könnte sehr gut von dem der deutschen christlichen und Sozialdemokratischen Gewerkschaften abgeschrieben sein, so viel ist darin die Rede vom Arbeiterinteressen wahrnehmen; sogar zu Kapitalisten sollen die Arbeiter gemacht werden durch — Sparen. Nach

der Zeitschrift „Bund“ sollen gelben Verbänden in Frankreich 600.000 Industriearbeiter angehören. Man sieht, die Gelben Frankreichs können ebenso gut aufschneiden wie die Christlichen Deutschlands. Die Gelben Deutschlands sind aber, wie selbst das „Reichsarbeitsblatt“ sagt, ein anderer Typus. Sie errichten zum Einvernehmen einige Unterhaltungsvereine, im übrigen aber betrachten sie als ihre Aufgabe den Streikbruch. Den Anfang machten die Arbeitswilligen-Vereine, die die Maschinenfabrik in Augsburg im Jahre 1905, wo der Vereinigung gleich 600 Arbeiter beigetreten sein sollen. Die Mitgliederzahl soll inzwischen auf 2116 gestiegen sein. Die Fabrik selbst zahlt jährlich 48.000 Mk. zu den Unterstufungskassen. Die eigentlichen Kosten müssen die Arbeiter selbst aufbringen. Außer der Augsburger Vereinigung werden dann solche in Nürnberg, Magdeburg, Dresden, Berlin, Hamburg, Gera, Krimtschau, sowie im Saarrevier und bei Krupp mitgeteilt. Die Mitgliederzahl all dieser Werkvereinigungen ist nicht angegeben. Außer diesen Betriebsvereinigungen existieren aber nun auch solche über weitere Gebiete sich erstreckende Vereine, worüber der Artikel folgendes angibt: „Wenn es sich bisher nur um Werkvereine handelte, so finden sich in Deutschland auch Verbände von nationalen Arbeitern mehrerer Berufsarten innerhalb größerer Bezirke. Solche unabhängigen Arbeiterverbände finden sich in Dresden (Freie Vereinigung der deutschen Metallarbeiter), Offenbach und Berlin. Die jüngste Berliner Arbeitervereinigung ist der Bauhandwerkerbund von Groß-Berlin und Umgegend; er ist das Ergebnis des letzten großen Streiks im Berliner Baugewerbe. Der § 1 der Satzung dieses Vereins lautet in seinem ersten Absatz: Der Zweck des Vereins ist die Förderung geistlicher Arbeiterverhältnisse, die Pflege des Einvernehmens zwischen Arbeitgebern und Arbeitern, die Unterstützung der Kollegen in Krankheits- und Sterbefällen, sowie die soziale und wissenschaftliche Aufklärung der Mitglieder. Eine gewisse Zusammenfassung der hier in Betracht kommenden Vereine bedeutet der Bund vaterländischer Arbeitervereine, der 1907 in Hamburg gegründet wurde und im Wäckergerwerbe der 1906 gegründete Bund der Bäcker (Konditor-)Gesellen Deutschlands, Sitz Berlin. Vom 1. bis 3. September 1907 wurde der 2. Bundeskongress der Bäcker in Erfurt abgehalten, auf dem bekannt gegeben wurde, daß 89 Bundesmitgliedschaften fest beständen, 12 angemeldet waren. Hierzu kämen noch etwa 40 Mitgliedschaften mit Anschließung an die Zweigvereine, so daß der Bund insgesamt in mehr als 140 Städten Bundesvereine bezieht. Für Mitte Januar 1908 wird die Zahl der Mitglieder auf 9000 geschätzt. — Eine Zeitlang mag diese Bundesherrlichkeit ja dauern. Aber schließlich wird der größte Teil der Mitglieder doch zu der Einsicht kommen müssen, daß es nicht Aufgabe eines fortgeschrittenen Arbeiters sein kann, die Interessen der Kapitalisten zu wahren. Dann wird es mit der Herrlichkeit der „Gelben“ vorbei sein.

Warnung! Die russischen Genossen allerorts werden gewarnt. Diese vertraulichen Inhalts nach Genf an die Adresse der Redaktion der sozialdemokratischen Zeitschrift „Raduga“ (Boulevard Pont d'Arve 17) oder der russischen Leihhalle (Boulevard de la Cluse 57) zu richten. Die Genfer Polizei ist nämlich so weit gekommen, daß sie einfach jeden verhaftet, der die genannte Leihhalle oder die Räume der Redaktion der „Raduga“ betritt!

Eine angebliche Einmitleidung. Das Volksblatt für Bochum teilt mit: „v. Einem, v. Linnar, v. Hohenau würden die Hauptpersonen eines Verleumdungsprozesses bilden, der gegen uns angetrengt werden soll. Wir sollen den Kriegsminister in Beziehung auf seine Erklärungen im Reichstage vom 4. Dezember beleidigt haben. Unser Verantwortlicher ist polizeilich vernommen worden.“

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“.

Berlin, den 5. Februar 1908.

95. Sitzung, Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Kommissare.
Die Beratung des Militäretats, Gehaltstitel Kriegsminister, wird fortgesetzt.

Bogt-Hall (Wg.): Herr Noke hat gestern festgestellt, daß für Naturalverpflegung zehn Mark mehr aufgemendet werden müßten infolge der „unmäßigen Agrarpolitik“. Das ist nicht richtig. Die Zollpolitik hat das Getreide und Fleisch nicht verteuert, denn auch im Auslande sind ja die Preise gestiegen. Ohne unsere Wirtschaftspolitik würden alle Verhältnisse bei uns zunächst für die Landwirtschaft, dann aber auch ganz allgemein viel schlimmer geworden sein. Die Landwirtschaft braucht aber noch mehr Hilfe, zumal gegen den Arbeitermangel. Durchaus notwendig sind daher auch die Ernteurlaube! Mir ist ein Fall bekannt, wo trotz dring-

lichen Bittens von Hause ein Ernteurlaub verweigert wurde. Wer Betreffende war besonders tüchtig, in die Kurie beim Herrn Major, und — die Frau Majorin mochte ihn nicht entlassen, weil er so brauchbar war! Redner tadelt weiter, daß bei den veritablen Waffengattungen die Mannschaften keine Sonntagsruhe hätten, weil sie Säcke schneiden, Rationen zurecht machen, soar auch noch nachmittags. Bamberger Bundesratsbevollmächtigter Oberst v. Gellert: Die bayerische Heeresverwaltung hat mit der landwirtschaftlichen Fortbildungskursen erst sehr geringe Erfahrungen gemacht; soweit diese Erfahrungen reichen, sind sie günstig.

Dr. Müller-Meinungen (Fp.): Bedauerlich ist es, daß dem wiederholten Wunsche des Reichstages nach Umformung des Militärstrafrechts und der Militärjustiz noch immer nicht stattgegeben ist. Wie nötig das ist, zeigt der Fall des Leutnants Diez. Der Kommandeur, der den jungen Mann in den Tod getrieben hat, ist noch immer auf seinem Posten. Weshalb sind wir denn nicht weiter gekommen? Es liegt doch eine Mißachtung des Reichstages darin, daß seine Wünsche nicht erfüllt werden. Das Auftreten des Kriegsministers im Falle Ugnar-Hohenau hat wohl die volle Sympathie des Hauses. (Widerpruch bei den Sozialdemokraten und Heiterkeit.) Wir wollen, wenn wir kritizieren, nicht in die Kommandogewalt eingreifen, aber Willsch ist es, die verfassungsmäßigen Rechte des Parlaments zu wahren.

Generalleutnant Sixt v. Arnim: Ich muß bestritten gestern gegen den Abg. Schröder scharfe Ausdrücke gebraucht zu haben; ich habe lediglich betont, daß die unbefehrigte Kommandogewalt des Königs aufrecht erhalten werden muß. Dasselbe betone ich auch gegenüber dem Abg. Müller-Meinungen. Die Unterstellung des Militärabministers unter das Kriegsministerium wäre aber eine solche Beschränkung; deshalb kann von ihr keine Rede sein. (Beifall rechts.)

Wieland (Sp.): Erparnisse beim Heereswesen, besonders bei der Kavallerie, wären wohl möglich, z. B. durch eine Vereinheitlichung der Uniformierung der Kavallerie. Die Forderung des Abg. Bebel nach einer ausgedehnten militärischen Jugendzucht kann ich nur unterstützen. Auch die Behauptung des Abg. Bebel, daß in den letzten Jahren in Württemberg die Dienstzeit für die Infanterie kürzer war als jetzt, ist richtig; trotzdem haben 1870 und 71 die Württemberger ihre volle Schuldigkeit getan. Wenn die Dienstzeit bei der Infanterie auch nicht auf ein Jahr herabzusetzen so könnte sie doch unbedenklich so weit heruntergesetzt werden, wie sie das mal in Württemberg war. Die Erhöhung der Löhne der Mannschaften ist dringend notwendig und ich bitte die Regierung, sie in wohlwollende Erwägung zu ziehen. (Bravo! bei den Freis.)

v. Oldenburg-Januschau (K.): Wir stimmen dem Vertreter des Kriegsministers zu, daß die Kommandogewalt des Königs nicht beschränkt werden darf; der Ton des Generals Sixt v. Arnim gegen den Abg. Schröder war auch keineswegs erregt, aber wenn es sich um eine Frage handelt, die den Lebensnerv des Offizierkorps berührt, so muß ein General einen energischen Ton anschlagen. (Zustimmung rechts.) Das Verhältnis der Offiziere zum König ist ein persönliches, ein so persönliches, daß auf die Entschuldigungen des Königs gegenüber einem Offizier weder Presse noch Öffentlichkeit noch Reichstag Einfluß gewinnen darf. (Wachen b. d. Sz.) Ich habe schon längere Zeit die Ehre, Mitglied des hohen Hauses zu sein, und ich weiß, daß der Reichstag notwendig ist (Große Heiterkeit), und ich beteilige mich soweit ich das kann, an seinen Verhandlungen. Als Offizier war ich von der Notwendigkeit der Existenz des Reichstages nicht überzeugt. (Lebhafte Heiterkeit.) Als Leutnant erschien es mir wunderbar, daß 400 Herren sich berufen müßten, meinem alten König und seinem großen Kanzler mitregieren zu wollen. (Schallende Heiterkeit. Zuruf bei den Sozialdemokraten: Wie Kadett Kamdohr!) Seitdem haben meine Auffassungen geändert. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Aber nur wenig! Heiterkeit.) Aber den Sozialdemokraten ist schon genügend geredet. Am 25. wird ja eine neue Verhandlung stattfinden. Wenn Sie nun meinen, die Richter lassen sich durch Ihre Reden beeinflussen, so sollten Sie dies nicht versuchen; meinen Sie aber, wie ich die Richter lassen sich nicht beeinflussen, so haben die Richter doch erst recht keinen Zweck. (Heiterkeit.) Ich möchte dem Vertreter des Kriegsministers als alter Kavallerieoffizier für die Verteidigung der Kavallerie danken, wobei ich nicht Einspruch darauf mache, als Sachverständiger zu gelten. (Heiterkeit.) Ich stehe da ganz auf dem Standpunkte (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Des Generals v. Liebert!) des Vertreters der Militärverwaltung, daß die alten Offiziere mit den Fortschritten der Technik nicht Schritt halten können. Außerdem haben schon drei Sachverständige den Abgeordneten Bebel in Verwirrung gebracht; ich will ihn nicht als vierter noch auf den Kontus machen. (Heiterkeit rechts.) Die Erhöhung der Soldatenlöhne würden wir mit Freuden begrüßen. Aber niemand kann dem Soldaten in Geld ersetzen, was er dem Vaterlande geben muß, wenn er zwei Jahre lang den Ehrenrock des Königs trägt. Die Verkürzung der Dienstzeit muß

Er gab dem Doktor eine rasche Schilderung seiner Reise, seines Empfanges, der äußerst kalt und förmlich gewesen war, der Rührungen und Einrichtungen und sagte dann: „Es ist nicht zu verkennen, daß die Prinzessin Maria nichts ist, als ein ganz willenloses Werkzeug ihres ehrgeizigen Gemahls. — Weder die Liebe zu England, noch irgend ein Gefühl für unser Vland treibt diesen Prinzen über Meer, um seinem Schwiegervater die Krone abzuweihen und sie sich aufs Haupt zu legen. — Seid sicher, das ist seine Absicht. — Er will König sein, und weil er sieht, daß Jakob's Tyrannie endlich dahin führen muß, daß zuletzt das Volk sich selbst befreit, kommt er diesem Ende der Dinge zuvor, aber widerwillig, finster, im Innern voll Abneigung und nur von seiner Staatsklugheit getrieben.“

„Es mag uns einlecken sein, weshalb er es tut.“ fiel Burnet ein, der unmutig erkaunt war über die Bemerkungen seines Zöglings und doch am denken mußte, daß er Recht hatte. Denn er selbst war ja der Vermittler zwischen dem Prinzen und seiner demütigen Gemahlin gewesen, die feierlich versprochen hatte, daß sie nie eine Königin sein wolle, ohne daß er mit der Krone an ihrer Seite sitze.

„Was verspricht uns denn seine Proklamation?“ fuhr Howe fort. — „Er will kommen und die alten Zustände wieder herstellen, die alten Rechte des Parlaments, die alten Einrichtungen und Geetze, die alten Satzungen und Gebote. Ja, die Kirche und die Lords, die Richter in ihrer Herrlichkeit und der wahre Blinder vergangener Jahrhunderte werden aufgeführt werden, aber wo bleibt das Volk? Wo bleiben seine Forderungen? Wo bleiben die Reformen, die ihm zugute kommen sollen? — Haben wir denn nichts gelernt? Ist nichts zu verbessern? Ist Kirchen- und Gewerkschaftsrecht etwa gesichert? — Hat das Volk Wahlrecht, um Männer zu wählen, die auf sein Wohl bedacht sind? Hat es Mittel, aus seinem Elende hervorzugehen? Wird es nicht, wenn diese Revolution uns nur dahin bringt, die alten Rechte mit neuen Ketten zu verknüpfen, so vermahnt dumm und abergläubisch bleiben, wie es war, und einzig nur die Götter beschützen?“

„Ich bin betrübt und unwillig, Euch so reden zu hören.“ rief Burnet mit geschwinder Stirn. „Wer

hat diese ausschweifenden Träume in Euch erzeugt, William?“

„Die Proklamation des Prinzen.“ sagte der junge Mann, „das, was ich sah und hörte, und mein Nachdenken. Ich will Euch nicht verhehlen, mein väterlicher Freund.“ fuhr er fort, „daß ein, wenn auch nur kleiner Teil der Engländer im Haag derselben Ansicht ist.“

„Ich weiß“, rief Burnet heftig, „der unsinnige Volksverführer Wildmann und der trogige Nordaunt haben erklärt, daß die Proklamation nur darauf berechnet sei, den Junkern und Barrern zu gefallen. Sie wollen Rache an dem torjischen Adel, der sich zu Jakob's Werkzeuge hergab, Rache an den Priestern, die ihm dienen. Sie verlangen ein hartes Unterhaus, das imitande ist, das Oberhaus zu demütigen, verlangen neue Rechte für das Volk, völlige Freiheit der Presse, völlige Freiheit sich zu versammeln; verlangen billige Justiz, eine Verleinerung, bei der die Rechte das meiste zahlen sollen, Ausdehnung der Wahlrechte und die gesicherte Herrschaft der Volkspartei, der Whigs. Daher also kommt Euer Widerwille gegen den Prinzen, und Ihr bedenkst gar nicht, daß diese Forderungen unmöglich sind.“

„So sagen die, welche von ihren Vorrechten und ihrer alten Herrschaft nichts ablassen wollen und, wenn das Volk Brot von ihnen fordert, ihm Steine bieten“, erwiderte der junge Mann.

„Nennt es, wie Ihr wollt“, versetzte Burnet, „aber was ein paar Duzend oder ein paar Hundert junge, entflammte Weltverbesserer für Rechte halten, ist und bleibt Unrecht und Uninn, wenn ihre Forderungen nirgend einen mächtigeren Halt finden als in ihren phantastischen Träumen.“

„Sind das Träume“, rief der junge William mit edlem Unwillen, „wenn ich sehe, wie die ungeheure Mehrzahl der Menschen, die dies Land bewohnen, nichts sind als elende, hungernde, verwitterte und verarmteste Sklaven, und träume ich, wenn ich höre, daß diese Revolution ihnen nichts helfen wird, sondern allein denen, die ihre Herren und Meister waren? — O! Doktor, ich fürchte, diese Revolution wird zwar den katholischen König, die Jesuiten und den papistischen Sauerberg fortsetzen, aber sie wird uns

miten in dem alten Schmutz stecken lassen; den Jahrhundertel aufgeschauft haben; ich aber bin nicht Willens, dafür zu streiten, daß es beim alten bleibe.“

Burnet stand vor seinem eifrigen Freunde still und sagte bedächtig: „Als ich so alt war wie Du, mein Kind, schwärmte ich auch für die Freiheit der Unterdrückten, und ich las aus alten Büchern und Geschichten mit Sehnsucht von den glücklichen Zeiten, wo die freien Männer der Gemeinde betrogenen sagen in völliger Gleichheit, und keiner ein Herr war feiner ein Knecht. — Als ich älter wurde, fand ich, daß der größte Teil der Menschen roh, dumm und gemein sei und ewig so bleiben werde. Ich lernte, daß Tyrannie und Unterdrückung von Anfang an sie geknechtet haben, und daß Herrn unter ihnen sein müssen, daß sie sich deren machen, wenn sie keine heißen. — Danke dem Himmel, mein Kind, daß Du ein Engländer bist und kein Deutscher, etwa, der, leibeigen und jeder Willkür überlassen, ärger als ein Hund behandelt wird und eben so rechtlos ist, wie dieser — Wenn der Prinz von Oranien die alten englischen Rechte herstellt, so ist dadurch das Volk wenigstens um hundert Jahre allen andern Völkern voraus. Denn jene alten Rechte enthalten die uralten Freiheiten der Menschen und geben ihnen Schutz vor dem Willen des Gewaltigen, möge er Graf oder Herzog heißen, oder König.“

„Weil ich ein Engländer bin“, rief William errötend, „weil ich fühle, daß ich mehr von meinen ewigen Menschenrechten beziehe als die verknechteten Völker des Festlandes, darum will ich, daß meinem Volke auch alles gegeben werde, was ihm zukommt. — Glaubt Ihr denn wirklich nicht daran, Doktor Burnet, daß die Menschheit so roh und elend eben dadurch geworden ist, weil die rohe Gewalt sie entwürdigte und glaubt Ihr nicht, daß, wenn die Gewaltigen gerecht würden, die Menschheit frei und glücklich sich entwickeln könnte? Ihr seid ein Geisteslicher, ein Diener der Religion der Liebe und des Erbarmens. Sagt mir, glaubt Ihr nicht daran, daß der allbarmherzige Gott alle seine geschaffenen Kinder, die ihm gleichen sollen, zur Freude und zum irdischen Glück berufen hat?“

(Fortsetzung folgt.)

doch einmal eine Grenze haben, sonst kommen wir zur Miltz, die von der Sozialdemokratie gefordert wird, weil sie glaubt, mit ihr bessere Geschäfte zu machen als mit unserem Heere. Wenn der Abgeordnete Vebel sich darauf beruft, daß Napoleon mit 25 Jahren ein großer Feldherr war, könnte man ebenso sagen: Weg mit den Universitäten, alles Blech. (Weiterkeit.) Newton war Schloßerlehrling und wurde doch der große Physiker, Brauendörfer war, ich weiß nicht was, (Große Weiterkeit) und wurde doch der größte Physiker Bayerns. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Und Kobelt! Weiterkeit.) Der Abgeordnete Vebel begrüßte die Kriegervereine als Mittel zur sozialdemokratischen Aufklärung. In meinem Verein hätten Sie dazu keine Gelegenheit. (Weiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Meine Leute sind ohne das Flug genug. Was das Duell angeht, so ist es gerade als Militär oder Offizier mit dem Rechte der Uniform gar nicht so einfach, zu einem Duell zu kommen. (Weiterkeit.) Wenn man totgeschossen wird, ist es ja ganz wurscht, ob man die Bestimmungen beachtet hat oder nicht. Wenn man aber nicht tot ist, ist es doch unangenehm, einige Jahre zu sitzen. (Weiterkeit.) In der Schweiz trifft bei der Miltz die Schlappheit der Bestimmungen, die zügellose Freiheit und Frechheit der Soldaten, mit den schwersten Soldatenmißhandlungen, mit der Diktatur des Säbelregiments zusammen. Der Abgeordnete Nozke behauptete, daß er ganze Stöße von Soldatenmißhandlungen hätte, sie aber nicht vorbringen wolle. Wer lacht da? Sie haben nicht. (Große Weiterkeit rechts.) Nicht einen einzigen Fall von Soldatenmißhandlungen in diesem Jahr! Der Abgeordnete Nozke verlangte die Aufhebung der Disziplinalgewalt der einzelnen Offiziere. Ein Schwadronen- oder Kompagnieauschub wäre gerade das, was uns noch fehlte. (Weiterkeit rechts.) Wenn ein Gerichtshof jemanden wegen Ungebühr sofort ins Loch schleppen läßt, kann er sich auch erst beschweren, nachdem er eingesperrt gewesen ist. (Weiterkeit.) Gerade wir haben es schon immer bedauert, daß man jeden Rowdy und jeden rucklosen Verbrecher erst noch untersucht, ob er auch seinen Verstand hat. In dieser Beziehung müssen der Wissenschaft einige Hügel angelegt werden. (Große Weiterkeit links), weil sie sonst alles unter dem Gesichtswinkel des geübten Menschenverstandes betrachtet. Zu den Fällen Hohenau-Lynar ist gefast von links gefast worden, die Leute gehörten ins Zuchthaus. Ganz unsere Auffassung, während Sie das früher für eine selbstverständliche Ausübung menschlicher Rechte hielten. (Weiterkeit.) Ich bin kein Espion, und was hinter verschlossenen Türen voracht, mag jeder mit seiner Ehre und seinem Gewissen machen. Aber für solchen Mißbrauch von Untergebenen hat die deutsche Sprache kein Wort, das hart genug wäre. (Sehr wahr!) Der Abgeordnete Nozke hat gefast, daß nirgends in der Welt der Klassengegensatz so schroff wäre wie in der deutschen Armee. Wer das sagt, hat von ihrem Geiste keinen Hauch verspürt. (Sehr wahr! rechts) Aber wer denkt heute noch an St. Privat, wo die preussische Garde 315 Junker liegen ließ. Heute wird nur geschimpft auf die Junker und die Garde. Noch jüngst am Vaterberge hat ein Leutnant, Graf Armin, vom Regiment Garde du Corps, sein junges, reiches, schönes, hoffnungsvolles Leben gelassen, weil er einen armen Reiter vor dem Verbluten schätzen wollte. Schlagen wir uns alle an die Brust, ob wir in unserem Leben einen gleichen Zug von Nächstenliebe haben. (Bravo! rechts.) Mit dem Abg. Vebel habe ich manche Berührungspunkte gefunden. (Gr. Weiterkeit.) Wir haben beide den Revisionismus für Schwindel. (Anh. Weiterkeit.) Das hat die Sozialdemokratie erst jetzt wieder durch ihr Benehmen bei der Nachricht von dem erschütternden Morde in Lissabon gezeigt. Ich wiederhole das, um den Schlafmügen und Trantampeln im Deutschen Reich, die glauben, daß man der Sozialdemokratie mit Schokolade beikommt, ein Licht aufzuklären. (Weiterkeit.) Ihr Haß gegen das Offizierskorps und unsere Liebe zu ihm entpringt demselben Boden. Der „Vorwärts“ schrieb vor einigen Jahren in einem Artikel, der mir gefallen hat: „An dem preussischen Wahlrecht hängt der jetzige Zustand Preußens, Deutschlands, Europas, der Welt. Darum streuen wir gegen dieses Wahlrecht.“ Aber nach dem Wahlrecht müssen Sie noch eine andere letzte Nacht überwinden, ehe Ihr Zukunftshaar in Erfüllung gehen kann, von dem keiner weiß, ob er ein großes Zuchthaus oder ein großes Irrenhaus sein wird. (Weiterkeit rechts und bei den Freie.) Denn davor steht die deutsche Armee und das deutsche Offizierskorps, das sich an jedem neuen Tage von Saint Privat im Sonnenglanze seines alten Ruhmes zeigen wird. (Lebhafte Verfall rechts. — Abg. Dr. Wagner beglückwünscht Herrn v. Oldenburg namens des Vereins deutscher Studenten.)

Häusler (Z.): Die Ausstattung des Heerwesens ist nicht lediglich Sache der Sachverständigen, sondern auch Pflicht der Volksvertretung. Unsere Infanterie, unsere Feldartillerie ist nicht schlechter geworden durch Einführung der zweijährigen Dienstzeit. Alle Argumente, die gegen die Verallgemeinerung der zweijährigen Dienstzeit angeführt werden, sind durch die Erfahrung längst widerlegt. Vom Bundesratsstand aus hat man besonderes Gewicht auf die Anschauungen der bayerischen Heeresverwaltung gelegt; man sollte sich auch in anderen Beziehungen Bayern zum Muster nehmen. (Große Weiterkeit und Lebhaftes Bravo! im Zentrum.)

Hilbert (Südb. Bayernt.) bleibt auf der Tribüne fast unverändert und scheint für erhöhte Fürsorge für die Veteranen einzutreten.

Höfner (Wg.) befürwortet eine Resolution auf Einführung freiwilliger Kurse über landwirtschaftliche Naturkunde für Mitglieder des Heeres.

Zubeil (S.D.): Herr v. Oldenburg warf uns wieder vor, daß wir uns nicht an der Trauerkundgebung für den König Carlos von Portugal beteiligt haben. Wir befinden uns dabei in der Gesellschaft des ungarischen Parlaments, in welchem keine Sozialdemokraten sitzen. Das ungarische Parlament hat es abgelehnt, eine Sympathie Kundgebung für einen verfassungswidrigen König zu veranstalten. (Zustimmung b. d. Soz., Unruhe rechts.) Dem Herrn v. Oldenburg kann ich einen guten Rat geben: er gehe nach Portugal und siehe an dem abhanden gekommenen Franco Stelle dort den starken Mann. (Lebhafte Zustimmung v. Heiserl. b. d. Soziald.) Er möge sich aber nicht Franco soweit zum Muster nehmen, daß er wie dieser seinen königlichen Protektor im Augenblick der Not im Stich läßt. — Die Soldatenmißhandlungen sind unausrotbar beim jetzigen System. Und dann wundern sich die Herren von der Rechten, wenn solche gepöbelte Soldaten schließlich einmal zur Selbsthilfe gegen ihre Feindgenossen greifen. Wir sind auch für Disziplin; aber Disziplin ist nicht mit blindem Kadavergehorsam zu verwechseln. Ich habe schon einmal den Fall erwähnt, wo Leute, die eben aus dem Kriege 1871 zurückgekehrt waren, sehr bald darauf zu einer Abtug wieder eingezogen wurden, und sich hier die schmachlichste Behandlung von dem Sohn eines Kriegsministers gefallen lassen mußten. Das Grundübel liegt darin, daß die höheren Vorgesetzten nicht genügend achtgeben auf die Behandlung der Soldaten durch die Unteroffiziere. Einige Herren scheinen in dieser Beziehung geradezu blind und taub zu sein. Im 64. Regiment der 11. Kompagnie hat ein Unteroffizier beim Exerzieren einem Untergebenen, weil er den rechten Arm etwas zu hoch gehoben hatte, mit dem Seitengewehr so in die rechte Brustseite gestoßen, daß der Stoß durch die Unterjacke und das

Heute bis in das Fleisch gegangen ist. Dieser Soldat war nicht etwa Sozialdemokrat, sondern eingeschriebenes Mitglied eines bürgerlichen Vereins. Er hatte Lust und Liebe zum Soldaten und war ein ausgezeichnete Turner. Der Unteroffizier hatte ihn angefahren: Hältst Du den Arm wieder so hoch, so haue ich Dir den Arm ab! Als dann der Soldat ängstlich wurde, und überhaupt keine Griffe mehr machen konnte, erhielt er den Stoß. Ein solcher Unteroffizier ist nicht fähig, überhaupt einen Mann auszubilden, er muß so schnell wie möglich aus der Armee entfernt werden. (Abg. v. Oldenburg: Hat er ihm den Arm abgehauen?) Also für Herrn v. Oldenburg liegt nur dann eine Mißhandlung vor, wenn die Unteroffiziere die Mannschaften direkt zu Krüppeln machen. Ich möchte Herrn v. Oldenburg ersuchen, sich als Untergebener hinzustellen, und einen solchen Stoß von einem Unteroffizier zu erhalten. Er wird dann vielleicht eine andere Auffassung von Soldatenmißhandlungen bekommen. Neben dem Unteroffizier tut sich auch der Gefreite hervor. Bei den geringsten Versehen wird den Soldaten der Morgentaffee entzogen, sodas sie ohne Frühstück Dienst tun müssen. Zum Mittagessen wird ihnen kaum zehn Minuten Zeit gegeben. Die Zustände in dieser Kompagnie können nur darauf zurückgeführt werden, daß der Kompagniechef seine Pflicht nicht erfüllt, daß er sein Aufsichtsdienst nicht ausübt. Und ebenso wenig erfüllen die Offiziere dieser Kompagnie ihre Pflicht. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wie durch fortgesetzte Mißhandlungen Soldaten für die Zeit ihres Lebens an ihrer Gesundheit geschädigt werden und die Militärbehörde sich dann der Pflicht entzieht, für diese Leute zu sorgen, zeigt folgender Fall: Der Bäckermeister, der Sohn eines ordentlichen Bäckermeisters, hatte kurz vor seinem Dienstantritt eine Schlägerei. Nun ging bei seinem Regiment, es war das Kavallerieregiment Nr. 4, eine Demütigung ein, er sei Sozialdemokrat und Bagadon erster Güte. Als er beim Regiment eintrat, wurde ihm sofort klar gemacht, was ihn erwartete. Es wurde ihm gesagt: Wir haben Schriftstücke darüber in der Hand, was für ein großer Salanke du bist; aber wir werden dir das schon besorgen, lebendig kommst du von uns nicht weg. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Aus diesem jungen kräftigen Menschen — in seinem Orte war er als besonders kräftig bekannt — ist heute ein vollkommen gebrechlicher Mensch geworden, der vollständig arbeitsunfähig geworden ist. Die fortgesetzten Mißhandlungen führten bei ihm zu epileptischen Anfällen. Trotzdem wurde ihm die Aufnahme ins Lazarett verweigert. Aus Ansehen der Gehege machte er keine Anstöße beim Regiment geltend, bevor er den bunten Rock auszog. Er hätte das Regiment nicht verlassen dürfen, bis er seine Ansprüche gestellt hätte und diese befriedigt waren. Jetzt hat er alle Forderungen erfüllt, ist aber überall abgemiesen. — Daß aber die Militärbehörde selber fühlt, daß sie eine Schuld trifft, zeigt der Umstand, daß das Armeekorps dem Manne, obwohl seine Ansprüche auf Rente bis jetzt abgelehnt sind, zweimal eine Unterstützung von 40 resp. 20 Mk. zuerkannt hat. Anzuerges hat der junge Mann ferner an das Regiment die Bitte gerichtet, ihm doch die beiden Denkmäler mitzutreten, welche indirekt die Schuld an seinen Verwundungen tragen, damit er sie wegen verletzlicher Falsch- und belangen könnte. Er hat niemals etwas mit der Sozialdemokratie zu tun gehabt. Das Regiment lehnt das aber ab und nimmt ihm die Möglichkeit, gegen die beiden im Zivilwege vorzugehen. Der stellvertretende Herr Kriegsminister hat nicht die Pflicht, diesen Fall auf das einsehendste zu untersuchen und dafür zu sorgen, daß wenn es sich so verhält, diesem zum Krüppel geschlagenen Menschen sein Recht wird, so daß er nicht der Ortsbehörde zur Last fällt. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Im Laufe der Debatte ist auch auf die Veteranen hingewiesen worden. Ich will auch die Bitte eines alten Kriegsveteranen hier zur Sprache bringen. Der Mann hat im Jahre 1866 den Sturm auf Alesia und im Kriege von 1870/71 die Schlacht bei Voumont und andere Schlachten mitgemacht. Er wurde in dem Feldzuge 1870/71 ungewunden und erlitt dadurch eine schwere Erschütterung des ganzen Körpers. Wenn er nicht ein kräftiger Mann gewesen wäre, hätte er nicht zwei Feldzüge mitmachen können. Heute ist er vollkommen arbeitsunfähig. Um seine Ansprüche bei der Militärverwaltung durchzuführen zu können, hat er sich an das Bezirkskommando in Jüterbog mit der Bitte gewandt, ihm seine dazu notwendigen Akten herauszugeben. Das Bezirkskommando aber lehnte die Bitte ab. Obwohl er vollständig arbeitsunfähig ist, sind auch seine Ansprüche an das Kriegsministerium zu demselben nicht gekommen. Das ist der Dank des Vaterlandes! Das herrliche Deutsche Reich hat nicht sonderlich viel an einem alten Kriegsveteranen in seinen letzten Lebensjahren vorhat und ebendieser zu stellen. Er muß vielmehr der Ortsbehörde als Obdarmer ausgeliefert werden. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Heute wird getrieben ist auch darauf hingewiesen worden, daß die Herren Offiziere in einem patriarchalischen Verhältnis zu ihren Untergebenen stehen. (Lachen b. d. Soz.) Wer in der Kaserne zu leben muß, der kennt das patriarchalische Verhältnis, das dort herrscht. Damit geben Sie uns Wasser auf unsere Mühlen. Wir haben die Aufgabe und die Pflicht, die Rekruten aufzuklären, ehe sie zur Armee kommen, daß sie als Soldaten mit nur Pflichten, sondern auch Rechte haben. Diese Aufgabe werden wir auch in der Zukunft erfüllen. Wir werden die Soldaten darauf aufmerksam machen, daß auch ihnen das Mittel zur Selbsthilfe, das Recht der Nothwehr zusteht wie jedem Menschen. Von den beantragten Resolutionen ist besonders wichtig diejenige, welche die sofortige Erhöhung der Löhne verlangt. Außerdem muß darauf gebrungen werden, daß man die Soldaten nicht zwingt, sich die nötigen Futtermittel zu selbst anzuschaffen. Es muß vielmehr ihnen alles, was sie brauchen, geliefert werden; wenn man die jungen Leute zwingt, zwei Jahre in der Kaserne zu bleiben, so darf man ihnen nicht zuzuziehen, diese Dinge von ihrer kaiserlichen Wohnung zu beurlauben. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Vor allem aber bitte ich den stellvertretenden Herrn Kriegsminister im Rahmen der Gerechtigkeit, in den von mir angeführten Fällen Abhilfe zu schaffen und dafür zu sorgen, daß den Leuten ihr Recht wird. (Lebh. Bravo! b. d. Soz.)

Dr. Leonhardt (Freie. Wg.) beschwert sich über die Bevorzugung der Militärärzte vor den Zivilärzten bei der Vergebung von Konzessionen.

Fink zu Finkenstein (Wg.) spricht den Sozialdemokraten das Recht ab, sich über Soldatenmißhandlungen zu beschweren, da sie selbst die Arbeitswilligen mißhandeln.

Lind (natl.) kritisiert die geplanten neuen Submissionsbestimmungen der Militärverwaltung. Die Einschränkung der militärischen Betriebswerkstätten können wir nur begrüßen.

Generalmajor v. Lohau sagt zu, daß bei den Submissionsbedingungen den Wünschen des Handwerks entgegenkommen werde.

Hausmann (Südb. Wg.) vermißt eine Auskunft über den Zeitpunkt der Reform des Militärstrafrechts. Mit dem Wort „Kommando“ allein ist nichts getan. Mit auch noch der Kriegsminister geboren werden, der die Rechte seiner eigenen Militärverwaltung verteidigt, wenn es sich darum handelt, nicht alles hinübergleiten zu lassen an das Militär-

kabinett? Mit Händezusammenschlagen ist nichts zu machen. Den Offizieren muß eine innere Sicherheit für ihre Zukunft gegeben werden. Die öffentliche Kritik hat zum Nutzen der großen Mißhandlungen geführt. Das Beschwerderecht gibt zu den schwersten Bedenken Anlaß. Den Tatenheldenhafte Junker stehen tausende ähnliche Fälle gegenüber. Treten nicht auch die Mannschaften für die Offiziere ein, wie jener Offizier in Schwedt für den Reiter? Die Klust zwischen Offizierskorps und Bürgertum durch die Oldenburgische Rede nur noch größer geworden. Den Geist (auf rechts: Blockgeist) solcher Reden bedauere ich. Wir sind stolz darauf, Bürgertum zu sein, und darauf, was Deutschland dem Bürgertum verdankt. (Wg. links.)

Generalleutnant Sigt von Arnim: Die Rede des Strafrechts wird mit der Bearbeitung der Zivilprozessordnung zusammengefaßt. — Die Disziplin mit vorgenommen werden; sollen aber nicht in Schindere übergehen. Den Militärärzten jede Privatpraxis zu bieten, würde nicht im Interesse des Volkswohls und Volksgesundheit liegen.

Dr. Müller-Meinigen: Der stellvertretende Chef des Kriegsministeriums hat zugegeben, daß er die Leitung der Aufgaben zwischen Militärkabinett und Kriegsministerium anzugeben nicht imstande ist. Das ist es, was wir beklagen.

Damit schließt die Debatte.
v. Oldenburg-Januschau (K., persönlich): Abgeordnete Hausmann hat mich mißverstanden; das ist sein Recht. (Weiterkeit.)

Hausmann (S.D.): Herrn Oldenburgs Rede gezeigt, daß er nicht nur als Leutnant, sondern auch heute noch nicht weiß, wozu der Reichstag da ist. Das ist sein Recht. (Gr. Weiterkeit.)

Das Gehalt des Ministers wird bewilligt.
Angenommen werden die Resolutionen der Untergewaltkommission, eine Denkschrift über die zweijährige Dienstzeit vorzulegen, des Zentrums über den Ernteurlaub, wirtschaflichen Verwertung über fakultative landwirtschaftliche Kurse, der Sozialdemokraten über die Durchführbarkeit der Öffentlichkeit der kriegsgerichtlich Verhandlungen, Sozialdemokraten und Freimäurer auf Reform des Militärstrafgesetzbuches, der Konservativen und Freimäurer Bewahrung freier Fahrt für die beurlaubten Soldaten legtere einstimmig.

Die Resolution der Sozialdemokraten auf Einführung der einjährigen Dienstzeit wird gegen die Stimmen Sozialdemokraten abgelehnt.

Die Resolution auf Erhöhung der Löhnung wird zugestimmt.

Darauf wird die Weiterberatung auf Donnerstag 1 Uhr vertagt.
Schluß 6 1/4 Uhr.

Genossenschaftsbewegung.

„Mißstände in einer Konsumvereinsbäckerei“, so eine Notiz überhrieben, die gegenwärtig die Kunde die die der Genossenschaftsbewegung feindliche Presse nicht Sie nimmt Bezug auf eine Geschäftsverhandlung in Magdeburg, bei der tatsächlich ein gewisser Kaiser freigegeben wurde, der vom Vorstände des dortigen Konsumvereins verklagt worden war, weil er eine Broschüre voller Falschheit auf die Konsumvereinsverwaltung verossen, nicht hatte. Diese Broschüre sollte vor allem als Wahlmanöver dienen, erschien drei Tage vor der Reichstagswahl im vorigen Jahre und wurde durch Zensur des Reichsverbandes zur Kampfung der Sozialdemokratie verbrannt. In sehr schickter Weise sind in der Broschüre Kleinigkeiten, die überall einmal ereignen können, mit Vorwissen verübt worden, die schon jahrelang zurückliegen und heute nicht mehr vorkommen können, weil der Magdeburger Konsumverein seine Bäckereieinrichtungen inzwischen verbessert hat. Bei den Verhandlungen vor dem Magdeburger Schöffengericht traten als Sideshelfer des Prokurators, eines wegen Unreinlichkeiten in der Klassenen Bäckergesellen, eine Anzahl Leute auf, die früher in dem Konsumverein angestellt, aus irgendwelchen Gründen entlassen worden waren. Das Schöffengericht schenkte deren Aussagen aber Glauben und hielt den Wahrheitsbeweis für erbracht. Eine hohe Instanz wird bei der Nachprüfung des Urteils vielleicht einem anderen Resultat kommen. Selbst wenn das Ur aber bestehen bleiben sollte, beweist es gar nichts gegen Konsumvereinsbäckerei. In dem Prozesse wurde einmündig festgestellt, daß die Verwaltung alles tat, was tun konnte, um Reinlichkeit und Ordnung in ihrer Bäckerei zu erzielen. Die ausgebildeten Vorkommnisse sind teils auf Unwilligkeit zurückzuführen, und dagegen kann man nur sagen, indem man die Leute erweist, was man Magdeburg gehalten ist. Erst mußte man sie nachhaben. So unehrlich es nun auch ist, wenn man aus Ergebnis des Magdeburger Prozesses die Schlussfolgerung zieht, in Konsumvereinsbäckereien herrschten die oben Mißstände, die besonders die Kleinbäckereien auszeichnete, sollte das Vorkommen doch für alle Konsumvereinsbäckereien eine Mahnung sein, auch nicht das Gerind durchgehen zu lassen. Ohne eine gewisse Langmut gegenüber Elementen, die die Entlassung verdienen, wäre leicht der Herr Kaiser um das Material für seine Broschüre gekommen.

„Note Genossenschaftsarbeit“ betitelt sich ein Blatt aus der Reichsverbandszentrale, der gegenwärtig in Provinzpreffe vielfach abgedruckt wird. Der Artikel schärft sich mit dem Schreiben des ehemaligen Vorstehers des Offenbacher Konsumvereins, des Herrn Winkler, das Nr. 51 der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ gedruckt wurde, und leitet an Entstellungen und Verdrehungen wieder erhebliches. So hat Herr Winkler davon gesprochen, der Leiter der Mühlentabrik habe das Vertrauen der Genossenschaft mißbraucht; in der Reichsverbandszentrale wird aber aus dem Mißbrauch des Vertrauens Mißbrauch der Einnahmen. Der ganze Artikel ist von ähnlichen Verdrehungen. Er wirkt natürlich der Demokratie und Genossenschaftsbewegung unerschütterlich einen Stoß und spricht von der „Großen Genossenschaft überhaupt nicht anders wie von der „Großen Genossenschaft sozialdemokratischer Konsumvereine“. Er weiß, aus welcher Bosheit der Artikel stammt, wie wohl bei allen objektiv denkenden Menschen die gebührende Beurteilung finden.

Aus dem Gerichtssaal.

Polizeivernachlässigung als Ursache eines Feindesbruchs aus Finkenstein. In dem niederbayerischen Dorfe Buchhof kennt man „Murr“ und „Aufschrei“ gegen die von Gott eingelegte Obrigkeit“ nur aus der Predigt des Ortspfarrers. Die „Gemeinschaft“ ist frömmlich patriotisch bis auf die Knochen. Wenn dem sozialdemokratischen Flugblattverbreiter, der sich in jene Gegend verhielt! Am 5. Oktober ging im Dorfwehrtshaus festlich

Die in den nächsten Tagen in die Kasernen einziehenden jungen Burschen feierten Rekrutenabschied, ein Fest, an dem so ziemlich das ganze Dorf Anteil nimmt. Drei oder viermal langen die braven Soldaten, die in Zukunft auf Befehl mit Gott für König und Vaterland ohne Zögern mit Begeisterung auf die streifenden Arbeiter in der Maghütte schießen, die „Wacht am Rhein“ und als „Heil unserm König“ verklangen war, da schritten einige der Burschen im überbewachten der Begeisterung und der Freude zum Tanze, weil die Weifen der Ziehharmonika eben dazu einladen. Der Polizeibureaukratismus fordert hierzu die Einholung polizeilicher Erlaubnis; sobald sich nur ein Paar, sei es auch nur nach den Klängen einer Mundharmonika, klopffend für einige Minuten im Kreise dreht, ist der Wirt einem Strafbeschlusse wegen „Veranstaltung einer unerlaubten Tanzmusik“ verfallen. Der Wirt verbietet daher das Tanzen. Die anwesenden Gendarmen ehefalls. Und nun war der Teufel los. Das Verbot dieser harmlosen Unterhaltung konnten die jungen Burschen in ihrem beschränkten Unterthanenverstand nicht begreifen; an ihrem Festtag, am Vorabend vor dem Eintritt in den Dienst des Vaterlandes nicht einmal ein bißchen tanzen dürfen, das empörte sie! Innerhalb kurzer Zeit war der Landfriedensbruch und Aufruhr fertig. Die eingreifenden zwei Gendarmen wurden erbärmlich verhauden und das ganze Wirtshaus kurz und klein geschlagen. — Nun verurteilte das Schwurgericht in Passau die Burschen zu 21, 19 und 18 Monaten Zuchthaus und weitere sieben Burschen zu Gefängnis von 7 Monaten bis zu einem Jahre.

Aus Nah und Fern.

Der mißglückte Sternnickelgang. Vor einiger Zeit hieß es, der flüchtige Raubmörder Sternnickel sei in Wornum am Harz gefangen worden. Kurz da am Montagabend ein harnloser Maurer in die Hampische Gaitwirtschaft, um ein Glas Bier zu trinken. Eine Narbe auf der rechten Hand dieses Maurers war Veranlassung genug, ihn für den langgeheulichten Sternnickel zu halten, der im übrigen gar keine Ähnlichkeit mit dem Maurer hat. Als dieser das Lokal verließ, folgten ihm zwei Männer, andere setzten den Gemeindevorsteher in Kenntnis, der veranlaßte, daß zwei Gendarmen aus Eseln kamen. Bis dahin mußten die Gendarmen mit Mitgliedern, mit dicken Knüppeln versehen, vor dem Hause Wache stehen. In der Erwartung, 1000 Mk. mit wegwischen zu können, standen die braven Krieger wie eine Mauer. Es stellte sich dann aber heraus, daß der Mann, der etwa um 12 1/2 Uhr aus dem Bette gezogen wurde, sich gut ausweisen und sich der wohlverdienten Ruhe wieder hingeben konnte. Die Kameraden zogen wie die betrübten Vohgerber von dannen.

Schwerer Verdacht. Wie gemeldet wird, wurden in Attendorf bei Arnberg der Arbeiter Fische und eine Frau Sella verhaftet unter dem Verdacht, den Mann der Sella und die Frau Fische sowie ein Kind Sella's ermordet zu haben. Die Leiche Sella's wurde schon vor längerer Zeit aus dem Flusse Bigge gezogen, man hatte indes zunächst Selbstmord oder Unglücksfall angenommen.

Eine brüchige Zentrumsäule. Vor einigen Tagen meldeten wir kurz, daß der Bürgermeister Hoiser von Narnath, einem Orte im Wahlkreise Krefeld, wegen Unterschlagung von 18 000 Mk. Hypothekengelder verhaftet wurde. Nachdem man aber jetzt einmal eine Revision vorgenommen, stellte sich heraus, daß das „treue“ Ortsoberrhaupt mehr als 50 000 Mk. amtlicher Gelder veruntreut hat. Außerdem hat der Wacker nebenher mitgenommen, was er kriegen konnte. Sine Maurermeister, der Gemeindegewerkschaft gewacht, brachte er um 2000 Mk. die Kasse einer Dampfdruckgesellschaft machte er vollständig leer, sogar die Sammelbüchsen für die Kinderfestlichkeiten zur St. Martusfeier schonte er nicht.

„Tapsere“ Offiziere. Seit einigen Tagen ist der Oberleutnant und Regimentsadjutant Karl Freiherr v. Brandenstein des in Liegnitz garnisonierenden Königsregimentes (2. Westpreussisches) Nr. 7 aus seiner Garnison flüchtig. Grund der Flucht ist ein gegen den Offizier eingeleitetes militärgerichtliches Verfahren wegen Mißbrauch der Dienstgewalt. Der Flüchtige, hinter dem jetzt ein Steckbrief erlassen wurde, ist am 8. Juni 1875 in Breslau geboren. — Im gleichen Regiment wurde im Sommer 1906 der Leutnant Freiherr v. Lübtow flüchtig, der dann später vom Kriegsgesetz der 9. Division in Slogau zu längerer Gefängnisstrafe verurteilt worden ist. — Der Regimentsadjutant des Husarenregiments Nr. 16, Oberleutnant Kornel Edler v. Szilley, war am 15. Januar, ohne vorher Urlaub zu verlangen oder sein Reiseziel anzugeben, aus Budapest abgereist. Nach seinem Verschwinden stellte es sich heraus, daß der lebenslustige Kavallerieoffizier bei Privaten und Genossenschaften Schulden im Gesamtbetrage von 400 000 Kronen kontrahiert hatte, deren drückende Last ihn zwang, die Flucht zu ergreifen.

„Bessere“ Schüler prügeln einen Lehrer tot. Zahlreiche Schüler des polnischen Gymnasiums in Kolo-mea hatten sich geeinigt, dem Professor Biekarski wegen seiner Strenge bei der jüngsten Klassifikation einen Denkzettel zu geben. Eine Gruppe verleideter und bewaffneter Gymnasialisten lauerte nun Dienstag in später Nachtstunde dem Lehrer in der Kopenhagensgasse auf, als Biekarski von einem Besuche heimzukehren im Begriff war. Die Gymnasialisten stürzten sich auf Biekarski, als sie seiner ansichtig wurden und warfen ihm einen Stein über den Kopf. Der Professor holte zwar aus seiner Rocktasche einen Revolver hervor, der ihm aber rasch entwunden wurde. Die Gymnasialisten hieben nun unbarmerzig auf den überfallenen los, so daß er sich mehrere Wunden an Kopf und am Oberkörper sowie mehrere Rippenbrüche erlitt, worauf der Bewußtlose in einen Straßengraben geworfen wurde. Nach der Verübung dieses Racheaktes marschierten die jugendlichen Attentäter in Reihen in den nahegelegenen Park, von wo sie spurlos verschwanden. Auf dem Tatort wurde bald darauf Professor Biekarski von Passanten in furchtbarem Zustand aufgefunden und nach Hause gebracht. Es mußte an ihm eine Operation von einem aus Lemberg telegraphisch berufenen Chirurgen vorgenommen werden. Mittwochabend erlag jedoch Professor Biekarski den erlittenen Verletzungen. Vor seinem Tode vermochte er noch mitzuteilen, daß er bei dem Überfall einen der an demselben beteiligten Gymnasialisten durch Stockhiebe im Gesicht schwer verwundet habe. Dieser Gymnasialist wurde ausständig gemacht und verhaftet. Außerdem erfolgte noch die Verhaftung mehrerer anderer Gymnasialisten.

Das Dunkel eines geheimnisvollen Nordes, der im vergangenen Sommer auf Schloß Göttingen im Thurgau verbrüt wurde, beginnt sich — so wird der „Wörsicher Ztg.“ aus Zürich berichtet — allmählich etwas zu lichten. Der Herr von Göttingen, ein Junggeselle und Sonderling von nahezu 70 Jahren, namens Käger, aus dem Ranion Bern stammend, wollte das Schloß verkaufen und empfing oft Besuche von Leuten, die das Besitztum ansehen wollten. So kam eines Tages auch ein elegant gekleidetes Paar, und während die junge Dame unten mit den Pächterleuten plauderte, besahnte der Herr mit dem Schlossbesitzer die

Gebäulichkeiten. Nach einiger Zeit kam der Besucher allein aus dem Schloß zurück und machte sich mit seiner Begleiterin eilig davon. Bald hernach fand man den alten Schlossherrn in seinem Blut auf einer Treppe liegend; offenbar war ihm mit einem schweren Hiebsinstrument der Schädel eingeschlagen worden. Gleichzeitig entdeckte man auch, daß aus einem Schrank verschiedene Wertschriften und dergl. abhanden gekommen waren. Der Verdacht richtete sich bald gegen einen ehemaligen Zahnarzt Meier aus Zürich, der mit seiner „Haushalterin“, der etwa 40-jährigen Josefine Zapf aus Letztang (Württemberg), ein merkwürdig exzentrisches Leben geführt hatte. Er hatte sich z. B. trotz seiner sehr zweifelhaften Vermögenslage an verschiedenen Orten, zuletzt in der Gegend des Neuenburger Sees, vornehme Landstücke gemietet und auf großem Fuße gelebt, war aber gewöhnlich nicht nur die Miete, sondern auch Fleischer- und Bäckerrechnungen schuldig geblieben. Kurz nach dem Morde zeigte er sich plötzlich im Besitz größerer Geldmittel und hatte sogar seine Miete bezahlt. Das war auffallen und hatte zu seiner Verhaftung geführt. Da er jedoch behauptete, an zeitweiligen Geistesstörungen zu leiden und höchstwahrscheinlich tatsächlich auch eine psychopathische Natur zu sein, wurde er zur Beobachtung seines Geisteszustandes in die thurgauische Irrenanstalt Münstertingen gebracht. Hier hat er nun, nachdem er bisher hartnäckig gelehnet, den Irrenärzten ein ziemlich umfassendes Geständnis abgelegt. Er behauptet jedoch, von seiner Haushalterin und Geliebten Zapf zu dem Tat angezettelt worden zu sein. Das ist nicht ungläubhaft, denn diese Zapf scheint in Meiers Leben die Rolle des bösen Geistes gespielt zu haben. Daß sie auch eine Diebin ist, wurde vor wenigen Tagen vor dem Züricher Gericht festgestellt, indem die Josefine Zapf zu vier Monaten Gefängnis und fünfjähriger Landesverweisung verurteilt wurde, weil sie im Hause eines Dr. Heß in Zürich drei goldene Ringe im Werte von 350 Fr. entwendet hatte. Die Zapf ist denn auch in der Göttinger Wochenschrift als Anstifterin mitangeklagt. Aber noch eine zweite rätselhafte Ungenauigkeit spielt in diesen Fall hinein: Als das seltsame Liebespaar Meier-Zapf vor Jahren bei Rheineck einen Landhieb gepachtet hatte, wurde der Diener Meiers auf eine bisher unauferklärte Weise erschossen. Meier stellte die Sache so dar, als ob der Mann Selbstmord begangen habe; im Volke jedoch munkelte man allerlei, der Diener sei nicht freiwillig gestorben, sondern ermordet worden. In der Irrenanstalt auch über diesen Punkt befragt, erklärte Meier ausweichend und doch bezeichnend, man müsse sich da an die Zapf wenden; es sei möglich, daß diese den Diener erschossen habe. In der Gerichtsverhandlung wegen des Mordes auf Schloß Göttingen, die im März oder April stattfinden wird, dürfte vielleicht auch das Geheimnis des erschossenen Dieners aufgeklärt werden.

Unfall in einer Menagerie. Aus Frankfurt a. M. wird berichtet: In der Menagerie Malferteiner, die seit einigen Wochen an der Mainzer Landstraße Vorstellungen gibt, hat sich am Sonntagabend ein schwerer Unfall ereignet. Der 17-jährige Wärter Georg Hintermeyer wollte einen Käfig reinigen, in dem sich vier junge Tiere, zwei Löwen und zwei Tiger, befanden. Er gebrauchte nicht, wie es Vorschrift ist, eine Gabel, um frisches Stroh in den Käfig zu bringen, sondern steckte das Stroh mit der rechten Hand durch die Stäbe. Ein Tiger erfaßte den Arm und biß sich fest. Die Löwen, die gerade zum Sprung ansetzten, wurden von einem andern Wärter zurückgerieben. Mit vieler Mühe gelang es, den unvorsichtigen Wärter den Krallen des Tigers zu entreißen. Der Schwerverletzte, dessen Arm völlig zerfleischt ist, wurde, nachdem die Rettungswache einen Notverband angelegt hatte, in das städtische Krankenhaus gebracht.

Ein tolles Polizeistückchen aus Hirschberg erzählte in einer der letzten Sitzungen des preussischen Dreiklassenhauses der freiconservativen Abgeordnete Baensch-Schmidtklein: Die Grunauer Polizei, die beinahe so tüchtig wie die Berliner, erst ein reichliches halbes Duzend Giftmorde geschehen ließ, ehe ein Zufall zur Entdeckung der Mörder führte, wollte auch einmal ihre Tüchtigkeit beweisen, und so verhaftete sie denn eine Frau, die ein etwas schwärzlich gefärbtes Geldstück ausgab, wegen Falschmünzerei und durchsuchte das ganze Dertchen nach der Falschmünzwerkstatt, bis nach einigen Wochen die Berliner Münze das Geldstück geläubert als absolut echt zurückschickte. Inzwischen hatte man die Frau und ihren Sohn vier Tage eingesperrt, und an Schaden- und Kostenertrag dachte niemand, bis zufällig der Abg. Baensch-Schmidtklein für diese einfache Arbeiterfrau an das Gericht einen Brief schrieb, er werde die Sache im Abgeordnetenhause vorbringen, wenn man der Frau nicht die ihr zukommenden 18 Mk. bezahlte. Daraufhin erhielt sie dann vom Justizminister 15 Mk. angewiesen, 3 Mk. ist die preussische Justizverwaltung dieser Arbeiterfrau noch schuldig. Der Herr Abgeordnete aber kann seinem Schöpfer danken, daß er kein organisierter Arbeiter ist, sonst hätte man ihn wegen Erpressung auf ein paar Monate ins Loch gesteckt, damit doch einer als Sündenbock für die Polizei in die Wüste gehe; auch darf er froh sein, daß er nicht gerade im Zentrum sitzt, sonst hätte man ihm diese Gelüste nach „Nebenregierung“ reich ausgegeben.

Eine Wolfsjagd in Nord-Mähren. Man schreibt der Wiener „Arb.-Ztg.“ aus Mährisch-Schönberg vom 30. Januar: Nachdem in der hiesigen Gegend das Vorhandensein von mindestens drei Wölfen unzweifelhaft festgestellt worden war, hat die hiesige Bezirkshauptmannschaft den Jagdverwaltungen der Herrschaften Baron Klein, Graf Harrach und Fürst Johann Liechtenstein aufgetragen, sofort eine Wolfsjagd zu veranstalten. Am Montag zogen nur 120 Nimrode aus, um den drei Jsegrimen den Garaus zu machen. Keiner von den 120 bekam einen Wolf zu Gesicht. Am Tage darauf gelang es dem Viechtensteinischen Förster Meier in Rohle, der sich allein auf die Jagd begeben hatte, einen Wolf zu erlegen. Das getötete Tier ist ein wahres Rieseneignis eines Wolfes.

Bayerischer Titelkopf. Im Neuen Münch. Tagblatt vom 28. Januar 1908 Nr. 28 lesen wir bei einer Todesanzeige Frau Maria Meyer den nicht gewöhnlichen Titel: „Ehemalige Bandführerin und Kronfleischschneidhabs-Gattin“.

Der Raubverder von Potsdam, der monatelang wertvolle Damentaschen auf der Straße durch Bespringen mit Ruß verdorben hat, ist jetzt ins Untersuchungsgefängnis eingeliefert. Der jugendliche Missetäter ist der 18-jährige Löffel-Gelehring Borchardt aus der Kaiser Wilhelmstraße zu Potsdam. Als er das erstemal verhaftet wurde, mußte er nach längerer Unternehmung wieder entlassen werden, weil er leugnerte und naturgemäß von den geschicktesten Förstern hinter deren Rücken die inkrimierte Manipulation erfolgte, nicht retrognostiziert werden konnte. Seltamerweise unterließ das Aufwerfen während der Untersuchung des B. vollständig und stellte sich erst nach seiner Entlassung wieder ein. Das erregte den Verdacht von neuem, und es erfolgte die jegliche zweite Verhaftung Borchardts, der nunmehr nach langem, hartnäckigen Leugnen geständig ist. Nachgewiesen sind ihm 27 Fälle, 19 vor der ersten, 8 vor der zweiten Verhaftung, in denen er Damengarderoben durch Ruß beschmutzt hat. Die Schädlingsarbeiten betragen etwa 6000 Mark. Nachdem Borchardt

das erstemal entlassen worden war, begab er sich sofort in den Dolzstall seines Wohnhauses, wo er die Rußspritze verborgen hatte, füllte sie mit Ruß und begann die Manöver von neuem. Borchardt wird, bevor er zur strafgerichtlichen Aburteilung kommt, zunächst auf seinen Geisteszustand untersucht werden.

Ein alter Leuchtturmwärter an der Ostsee, der in dem Ruhestand, dem Alkohol nicht abgeneigt zu sein, erhält eines Tages den Besuch eines revidierenden Bauinspektors; dieser findet alles in bester Ordnung, kann es aber nicht unterlassen, dem Wärter, der in dem bösen Ruf steht, gern einen über den Durst zu trinken, darüber Vorstellungen zu machen. Dabel entwirrt sich folgendes Gespräch. Wärter: „Wat, Herr Baumeister? Ist drinken? Keinen Truppen!“ Bauinspektor: „Na, na! Man sieht es ihm ja an der Nase an; sie ist ja ganz blau —“ Wärter: „Ja, dat sei blag ist, dat weil ik; über Herr Baumeister, sitten Sie mal as ik hier 25 Johr immer up de süwe Städ un fiken Dag vor Dag in dat blage Water, dann wull ik mal seihn, wo blag Ihr Näf wir. Ne, Herr Baumeister! Dat ist blot von dat blage Water.“

Bürgertafel.

Zu lübeckischen Staatsbürgern sind vom Stadt- und Landamt angenommen:

Direktor der Landesversicherungsanstalt der Hansestädte, Scheimer Regierungsrat Bielefeldt, Krämer Brinker, Arbeiter Brünning, Kupferstichbegeselle Bumann, Schlossergeselle Bumann, Privatmann Burr, Arbeiter Conrad, Fuhrmann Dorendorf, Schiffer Evers, Arbeiter Freitag, Kutscher Gasau, Kanalwärter Gerken in Nieder-Bülow, Privatmann Goldenbaum, Arbeiter Haase, Fuhrner Höppler in Krumbek, Bureaugehilfe Jacobs, Direktor Raben, Bahnwärter Kämpfer in Moisling, Laternenwärter Kavier, Schutzmann Kindt, Arbeiter Krohmann, Zimmergeselle Lehmann, Wensonsberechtigter Hilfsarbeiter beim Polizeiamt Lehmann, Schneidergeselle Menzora, Lokomotivführer Möller, Arbeiter Möller, Maurergeselle Müller, Maurergeselle Niemann, Kaufmann Ohlert, Musiker Soultke, Vermessungsarbeiter Peters, Arbeiter Peters, Handlungsgehilfe Rätz, Kaufmann Remling, Lackierer Saalfeld, Schmiedegeselle Schütz, Schlachtergeselle Sellmer, Arbeiter Siegel, Wensonsberechtigter Hilfsarbeiter beim Polizeiamt Spielhagen, Weichensteller Steffen, Tischlergeselle Stetenbuhr, Bureaugehilfe beim Stadt- und Landamt Suesse, Lederhändler Wemuth, Schiffer Wetterich, Maurergeselle Zieg in Moor-garten.

Dieselben haben am 29. Januar 1908 vor dem Senat den Bürgereid geleistet.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Der Beruf des Zahntechnikers.

Alljährlich zur Zeit des Schlußjahres taucht den Eltern und Erziehern die schwerwiegende Frage der Berufswahl für die heranwachsenden Söhne und Töchter auf. Neben der Sorge, ob der gewählte Beruf auch in absehbarer Zeit eine ausreichende Existenzmöglichkeit bietet, bewegt gewissenhafte Eltern die Furcht vor dem verfehlten Beruf, denn nur allzu oft wird in völliger Unkenntnis aller einschlägigen Verhältnisse ein Beruf gewählt, der scheinbar zu den schönsten Hoffnungen berechtigt, dessen vielversprechende Außenseite sich aber nur allzu trügerisch erweist. Vielen Eltern mag es daher erwünscht sein, über den Beruf des Zahntechnikers etwas Näheres zu erfahren. Die Ausübung dieses Berufes ist an den Nachweis einer bestimmten Schulbildung nicht gebunden, wohl aber ist eine gründliche Ausbildung unerlässliche Bedingung, wenn überhaupt die Möglichkeit eines späteren Fortkommens bestehen soll. Vorbedingungen sind eine gute Gesundheit, besonders gute Augen, Lust und Veranlagung zu feineren mechanischen Arbeiten, und eine bessere Schulbildung. Bei jungen Mädchen ist ganz besonders auf eine gute Körperkonstitution zu achten, da der Beruf ein sehr anstrengender ist. Wer sich der Zahntechnik zuwenden will, muß unbedingt eine dreijährige Lehrzeit bei einem anerkannt tüchtigen selbständigen Zahntechniker aufweisen. Nach dieser Zeit empfindet sich der Besuch einer Fachschule wie sie in mehreren großen Städten des Reiches bestehen (Berlin 2, Breslau 1, München 1) oder des von der Landesorganisation aus eigenen Mitteln geschaffenen zahntechnischen Lehrinstituts in Berlin (Brunnenstraße). Der vollendeten Lehrzeit, für die meist ein Lehrgeld von einigen hundert Mark zu entrichten ist, sollte eine mehrjährige Gehilfen- und Assistentenzeit folgen. (Monatsgehalt 90—150 Mk.) Die selbständige Ausübung des Berufes als Zahntechniker erfordert noch ein Kapital von einigen tausend Mark zur Einrichtung, will der Anfänger nicht gleich mit drückenden Schulden beginnen. Die Aussichten im Berufe sind im allgemeinen als nicht günstig zu bezeichnen. Ganz abgesehen von der alljährlich steigenden Zahl der approbierten Zahnärzte und der der Zahnheilkunde sich zuwendenden Ärzte, ist auch die Zahl der selbständigen Zahntechniker und Dentisten im Deutschen Reich eine so große (ca. 5000), daß sich nur geringe Aussicht auf eine ausreichende Existenz bietet. In den Kleinstädten und auf dem platten Lande finden tüchtige Fachleute immer noch eine gute Existenzmöglichkeit; dagegen kann in den Großstädten, hervorgerufen durch Massenüberflutung, von einer Not unter Zahntechnikern gesprochen werden. Schuld an diesen traurigen Verhältnissen tragen vorwiegend die gewissenlosen und betrügerischen sogenannten „Prehiers“ — unbeschäftigte Zahnärzte und Zahntechniker, die in Tageszeitungen und Zeitschriften unter den glänzendsten Versprechungen ihre Opfer suchen, die sie in 3 Monaten oder etwas länger, gegen entsprechendes Honorar natürlich, in der Zahnheilkunde und Zahntechnik „auszubilden“ versprechen. — Bei der heutigen hochentwickelten Zahnheilkunde und Zahntechnik kann selbstverständlich nur der auf der Höhe stehende, gründlich ausgebildete Fachmann hoffen, sich Vertrauen und Gehilfen zu erringen, während die solchergehalt von Winkel-eritzungen „Geprechten“ einem beklagenswerten Schicksal entgegengehen, wenn sie nicht vorziehen, nach jahrelangem Sorgen und Hoffen den Beruf aufzugeben. Erschütternde Schicksale solcher um das Lehrgeld Honorar Geprechten (oftmals der letzte Rest armer Witwen, den sie für die Söhne oder Töchter opfern), ließen sich schildern, und nicht dringend genug kann das Publikum gewarnt werden, Inseraten oder Gratisbroschüren Glauben zu schenken, in denen die „Erlerung der Zahntechnik“ in einigen Monaten und „Erwerb einer glänzenden Existenz“ versprochen werden, mag der Versprechende einen Titel führen wie er will. Wer sich vor einer verfehlten Existenz bewahren will, lasse solche, die Unkenntnis und Leichtgläubigkeit betrügerisch ausbeutenden Werbeinserate unbeachtet. Genaue und gewissenhafte Auskunft über alle einschlägigen Fragen erteilt kostenlos die Ständevertretung der deutschen Zahntechniker und Dentisten i. G. Geschäftsführer, Dentist Gebr. Wensheim (Hessen).

Verantwortlicher Redakteur: Joh. Stellung. Verleger: Th. Schwarg. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.